

Erich Kaufmann-Bühler (1899–1967)

Eine biographische Studie

Die Erfindung einer Biographie

Aufgewachsen in einer aufstiegsorientierten Familie besucht er das altsprachliche Gymnasium einer mittelbadischen Stadt und legt eine hervorragende Abiturprüfung ab. Anschließend studiert er an der Universität Heidelberg Geschichte, Deutsch und Französisch; sein Studium schließt er sowohl mit dem Staatsexamen als auch mit der Promotion ab. Nach der Referendarzeit unterrichtet er als Studienassessor an verschiedenen Schulen und wird Studienrat an einem Mannheimer Gymnasium. In der Folgezeit engagiert er sich in einer bürgerlich-konservativen Partei, wird in seinem Wohnort zum Stadtrat und zum Landtagsabgeordneten gewählt. Seine vielfältigen Aktivitäten helfen ihm dabei, Schulleiter eines neu gegründeten Gymnasiums zu werden. Unermüdlich weist er auf die Raumnot seiner Schule hin, bis die Stadtverwaltung einen Neubau genehmigt. Den Einzug in das neue Gebäude und die folgenden Jahre erlebt er als würdige Krönung seiner Lebensleistung. So könnte ein Lebensweg in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verlaufen sein.

Fragen an eine Biographie

Ganz anders sieht das Schicksal des Mannes aus, dem sich der folgende Aufsatz widmet. 1899 geboren, erlebte er die Kriege und politischen Systemwechsel, die die deutsche Geschichte in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts prägten. Wie wirkten sich Umbrüche und Katastrophen dieser Jahrzehnte auf die berufliche und private Existenz eines „Normalbürgers“ aus? Welche politischen und staatlichen Entscheidungen warfen ihn aus der gewohnten Bahn und stellten ihn vor völlig neue Herausforderungen? Wie reagierte er darauf, welche persönlichen Charaktermerkmale wurden sichtbar? Schließlich: Welche Folgen hatte dies für seine Familie? Diese Fragen – soweit es die Quellenlage erlaubt – aufzuklären und eine individuelle Lebensgeschichte im Kontext der allgemeinen und lokalen Entwicklung darzustellen, ist das Ziel der Studie. Wie bei jeder historischen Biographie wird das dabei gewonnene Bild bis zu einem gewissen Grad fragmentarisch, vielleicht auch widersprüchlich bleiben.

1899–1923: Sozialer Aufstieg zum promovierten Hochschulabsolventen

Erich Kaufmann-Bühler¹ wurde am 8. Mai 1899 als Wilhelm Erich Bühler in Baden-Lichtental, heute ein Stadtteil von Baden-Baden, geboren. Seine Mutter Wilhelmine Friederike Bühler, geboren am 11. August 1857, stammte aus Schorndorf östlich von Stuttgart; die Vorfahren ihrer Familie waren 1732 als Protestanten aus Salzburg vertrieben worden und hatten sich in Württemberg niedergelassen. Der Vater Elias Kaufmann (geb. 25. Februar 1855) war Lederhändler in Lichtenau bei Bühl, etwa 20 km südwestlich von Baden-Baden; einige seiner Vorfahren hatten im Elsass gelebt. Am 17. September

1920 erklärte Elias Kaufmann vor dem Amtsgericht Kehl seinen inzwischen volljährigen Sohn für ehelich, d.h. er erkannte die Vaterschaft an. Von da an trug der Sohn den Doppelnamen „Kaufmann-Bühler“.² Der Vater starb 1922; das dem Sohn zustehende Erbe hatte durch die Kriegsfolgen und die Inflation seinen Wert verloren.

Zurück zu seinen Jugendjahren! In der Gesellschaft des deutschen Kaiserreichs prädestinierten ihn seine familiären und sozialen Voraussetzungen keineswegs zum Gymnasialbesuch und Studium. Den sozialen Aufstieg hat er der finanziellen Unterstützung seines Vaters, vor allem aber seiner Mutter zu verdanken. Sie zog nach Baden-Baden, damit er dort die Volksschule und 1909–1917 das humanistische Gymnasium besuchen konnte. Am 26. Juli 1917 legte er die – wegen des Ersten Weltkrieges um ein knappes Jahr vorverlegte – Reifeprüfung mit der Gesamtnote „sehr gut“ und dem „ersten Klassenpreis“ ab.³ Zum Kriegsdienst im badischen Infanterieregiment 113 wurde Kaufmann-Bühler am 11. September 1917 eingezogen, 1918 zur Nachrichtentruppe abkommandiert und nahm im Sommer 1918 an Stellungskämpfen im Oberelsass teil. Am 17. September 1918 erlitt er eine Gasvergiftung und erlebte das Kriegsende im Reservelazarett Baden-Baden, aus dem er am 23. Dezember 1918 entlassen wurde.⁴ Als Erinnerung an seine Kriegszeit blieben ihm das EK II und das Verwundeten-Abzeichen sowie Gesundheitsschäden, die ihm sein Leben lang zu schaffen machten.

Im Januar 1919 immatrikulierte er sich an der Universität Heidelberg; sein erstes Semester war ein „Notsemester“ für Kriegsteilnehmer, das zwischen das WS 1918/19 und das SS 1919 eingeschoben war.⁵ Unter seinen Studienfächern Geschichte, Deutsch und Französisch widmete er sich besonders der Geschichtswissenschaft. Seine akademischen Lehrer waren unter anderem der Mediävist Karl Hampe (1869–1936; Ordinarius 1903–1934), der Neuzeithistoriker Hermann Oncken (1869–1945; 1907–1923 in Heidelberg), der Germanist Friedrich Panzer (1870–1956; Ordinarius 1919–1935) und der Romanist Fritz Neumann (1854–1934; Ordinarius 1890–1923). Zu seinen Fach-Kommilitonen zählten Joseph Goebbels und Ernst Kantorowicz – in den 1930er Jahren Verfolger und Verfolgter. Schon 1920, d.h. im vierten Semester, gewann er als zweiter Preisträger mit einer Untersuchung über „Die Entwicklung der grossdeutschen Ideen von 1848 bis zur Gegenwart“ den von der Universität ausgeschriebenen, von der Corps-Suevia-Stiftung gestifteten Preis über 500 Mark. Oncken hatte das Thema gestellt und beurteilte als Gutachter in der Stiftungskommission die eingereichten Arbeiten.⁶ Auf diese Weise machte Kaufmann-Bühler schon in der Studienmitte auf sich aufmerksam. Vom WS 1920/21 bis SS 1923 engagierte er sich außerdem als ehrenamtlicher Bibliothekar des Historischen Seminars.

Bei Oncken promovierte er mit einer ideengeschichtlichen Untersuchung über „Ulrich von Huttens humanistisch-politische Gedankenwelt“. Darin arbeitete er die Hauptaspekte in Huttens Denken heraus wie die Kritik an Scholastik, Papsttum und Fürsten sowie die humanistischen Ideale nationaler und religiöser Freiheit, aber auch seine Zwiespältigkeit zwischen politischer Theorie und praktischem Handeln, zwischen Tradition und Fortschritt sowie sein letztendliches Scheitern.⁷ Nachdem er die mündliche Prüfung am 25. Juli 1922 abgelegt hatte, wurde er mit magna cum laude promoviert. Die von Oncken in der Dissertation gewünschten Änderungen verzögerten den Abschluss des Promotionsverfahrens bis zum Januar 1923. Bald danach, im März

1923 unterzog er sich der nächsten Prüfung, dem Ersten Staatsexamen in den Hauptfächern Geschichte und Deutsch sowie im Nebenfach Französisch bei den Prüfern Oncken, Panzer und Neumann.

Größten Einfluss auf sein politisch-historisches Denken hatte – nach Kaufmann-Bühlers eigener Einschätzung – Hermann Oncken, national gesinnter Vernunftrepublikaner und „Prototyp eines ‚politischen Historikers‘ neuerer Prägung“ (Klaus Schwabe). Oncken war vor dem Ersten Weltkrieg Mitglied der Nationalliberalen Partei gewesen, hatte die Universität Heidelberg in der Ersten Badischen Kammer vertreten und beschäftigte sich zeitlebens mit dem Verhältnis von Geschichtsschreibung und Politik.⁸ Von 1920 bis 1922 war Kaufmann-Bühler Mitglied der Hochschulgruppe der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei (DVP); publizistisch bekämpfte er in den von der französischen Besatzungsmacht verbotenen „Rheinlandstimmen“ die Rheinlandbesetzung. Außerdem beteiligte er sich an einem Arbeitskreis, den der Professor für Strafrecht Alexander Graf zu Dohna (1876–1944; bis 1920 Abgeordneter der DVP; in Heidelberg 1920–1926) gegründet hatte. Diese Gruppe bereitete eine Dachorganisation aller national eingestellten Studentenvereinigungen in Heidelberg („Arbeitsgemeinschaft deutscher Studenten“) vor. Wiedergewinnung der nationalen Souveränität, Revision des Versailler Vertrages auf friedlichem Weg, Anti-Sozialismus, Verbindung liberaler und sozialer Vorstellungen in Wirtschaft und Innenpolitik, vorsichtige Bejahung der Republik – so lässt sich Kaufmann-Bühlers Haltung aus den wenigen vorhandenen Angaben erschließen. Nach seinem Studium trat er nicht in eine Partei ein und bekannte 1933, „in diesem überparteilich-nationalen Sinne“ gedacht und wissenschaftlich gearbeitet zu haben.⁹

Im Historischen Seminar der Heidelberger Universität lernte Kaufmann-Bühler Elisabeth Schoenflies kennen, die – ähnlich wie er – an einem Thema über den Humanismus arbeitete. Im Unterschied zu ihm stammte sie aus dem gebildeten Großbürgertum, einer jüdisch-assimilierten Familie. Sie wurde am 24. April 1900 in Königsberg geboren. Ihr Vater war der bekannte Mathematik-Professor Arthur Schoenflies (1853–1928), der 1911 nach Frankfurt berufen wurde und dort entscheidenden Anteil an der Universitätsgründung – 1920/21 als Rektor – hatte. Nach dem Abitur in Frankfurt (1920) studierte Elisabeth Schoenflies Geschichte, Französisch und Englisch in Königsberg, Frankfurt und Heidelberg (WS 1921/22–WS 1922/23). In ihrer Dissertation erforschte sie anhand des Fürstenspiegels des Erasmus von Rotterdam, der „*Institutio Principis Christiani*“, die religiösen und pädagogischen Gedanken und das patriarchalische Herrscherbild des großen Gelehrten. Da Hermann Oncken 1923 einem Ruf nach München folgte und ein direkter Lehrstuhlnachfolger noch nicht feststand, kehrte sie nach Frankfurt zurück und schloss dort am 3. März 1924 ihre Promotion ab.¹⁰ Dass sie in der damaligen Zeit als junge Frau einen akademischen Abschluss erreichte, prädestinierte sie geradezu für eine eigenständige Berufslaufbahn. Trotz der räumlichen Entfernung – Kaufmann-Bühler unterrichtete inzwischen an einer Schule in Südbaden – hielten beide ihre Beziehung aufrecht. Am 7. September 1925 heirateten sie in einer evangelischen Trauung in Frankfurt – eine Heirat, die für beide nach Aussage des Sohnes Werner „in ihrem auf die Wissenschaften ausgerichteten Lebensplan eigentlich gar nicht vorgesehen war.“¹¹

Kaufmann-Bühler hatte seit dem Beginn seines Studiums 1919 in Rohrbach gelebt, zunächst als Untermieter in der Moltkestraße 9 (heute: Karlsluststraße); seit 1922 wohnte er zusammen mit seiner Mutter, die aus finanziellen Gründen zu ihm gezogen war, in der Landstraße 40 (heute: Karlsruher Straße). Das jung verheiratete Ehepaar fand 1925 für sich und seine Mutter eine größere Wohnung im 2. OG der Landstraße 70 (heute: Karlsruher Str. 56).¹² Hier wohnten die Eheleute jahrzehntelang – eine Kontinuität, die sie im Laufe der Zeit beinahe zu Ureinwohnern des Stadtteils (seit 1927) Rohrbach werden ließ.



Abb. 1: Elisabeth und Erich Kaufmann-Bühler mit den Söhnen Dieter (l.) und Ernst (r.) um 1930 (Foto: privat)

„Verspricht ... ein tüchtiger Lehrer zu werden“ – Im badischen Schuldienst 1923–1933

Die Promotion verschaffte Kaufmann-Bühler gesellschaftliche Anerkennung; das Staatsexamen sicherte ihm – davon war er überzeugt – nach Überwindung der Finanzkrise eine dauerhafte, sichere Beschäftigung im Staatsdienst. Im April 1923 begann er den Vorbereitungsdienst als „Lehramtspraktikant“ (Studienreferendar) am humanistischen Gymnasium Heidelberg. Ein Jahr später hatte er „das Zeugnis der Anstellungsfähigkeit“ (Zweites Staatsexamen) in Händen. Seine schriftliche pädagogische Arbeit galt „Fragen zur Behandlung des französischen Revolutionszeitalters im Unterricht der Oberprima“. Die Beurteilung seines betreuenden Lehrers Prof. Gustav Klingenstein könnte seine pädagogische Arbeit insgesamt charakterisieren:

„Besonders hervorzuheben ist der Grundgedanke der Arbeit, über die Kenntnis der bloßen Tatsachen (die selbstverständliche Voraussetzung bleiben muß) zum historischen Verstehenlernen vorzudringen im Sinne einer historisch-politischen Erziehung des Schülers.“¹³

Fast ein Jahr musste er bis zur Anstellung im badischen Schuldienst warten, zunächst nur in einem vertraglichen Dienstverhältnis „zur Verwaltung einer erledigten planmäßigen Lehrerstelle“ in Südbaden an der Höheren Bürgerschule Hornberg, dann an der Aufbaurealschule mit Internat in Lahr. Seinem Versetzungsgesuch, das er mit der bevorstehenden Heirat und der Aufnahme seiner Mutter in die Hausgemeinschaft begründete, wurde im August 1925 stattgegeben. Anfang September 1925 trat er seinen Dienst am Heidelberger Gymnasium an und wurde ein Jahr später am 1. Oktober 1926 in eine

„außerplanmäßige Lehrerstelle als Lehramtsassessor“ und als Beamter auf Widerruf berufen. Da er keine Planstelle innehatte, versetzte ihn das Ministerium mehrfach zur Stellenvertretung an andere Schulen im Raum Heidelberg-Mannheim: 1927–1930 Lessingschule, 1930 Tulla-Oberrealschule, seit Oktober 1930 Gymnasium Mannheim mit einer kurzzeitigen Abordnung an die Oberrealschule Heidelberg (Sommer 1932).

Die jährlichen Dienstzeugnisse am Jahresende würdigten seine Unterrichtstätigkeit; alle Kriterien wurden mit „gut“ bewertet, „Dienstfleiß“ mit „sehr gut“, seine „wissenschaftliche Befähigung“ und seine Unterrichtserfolge in Oberstufenklassen besonders hervorgehoben. Lobende Erwähnung fand auch sein fachfremder Unterricht in „Turnen und Spiel“, Erdkunde und Latein. Obwohl das Ministerium ihn jederzeit versetzen konnte, drängte es ihn seit 1927 darauf, nach Mannheim umzuziehen. In einer geschickten Hinhaltenaktik unter Nennung verschiedenster Gründe gelang es ihm aber, sich dieser mehrfachen Aufforderung zu entziehen. Vermutlich wollte er auch den Kontakt zur Universität und zum Philologisch-historischen Verein „Cimbria“, einer wissenschaftlich ausgerichteten Studentenverbindung, nicht aufgeben.¹⁴ Die Kriegsjahre und die Sparpolitik der badischen Regierung in den Jahren nach der Inflation führten zu einem Beförderungsstau im Bildungswesen. So wurde Kaufmann-Bühler trotz seiner überdurchschnittlichen Leistungen auch nach sieben Dienstjahren bis Ende 1932 nicht zum Studienrat und Beamten auf Lebenszeit ernannt. Dies sollte für ihn bald verhängnisvolle Folgen haben.

1933/34: Diskriminierung und Entlassung aus dem Staatsdienst

Schon im Juni 1933 machte Kaufmann-Bühler persönlich erste negative Bekanntschaft mit dem Apparat der neuen Machthaber. In einem Vortrag über Bismarcks Außenpolitik hatte er Zweifel am außenpolitischen Kurs der neuen Regierung geäußert. Deshalb wurde er von der Polizei vorgeladen und verwahrt.¹⁵ An das Kultusministerium wurde dieser Vorfall offensichtlich nicht gemeldet, sodass Kaufmann-Bühler seine Unterrichtstätigkeit zunächst unbehelligt fortführen konnte. Am 7. April 1933 war das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ (GWBB) erlassen worden, das die Entlassung politisch missliebiger oder nichtarischer Beamter vorsah. Die Definition von „nichtarisch“ war sehr weit gefasst; es genügte bereits, wenn ein Großelternanteil der jüdischen Religion angehört hatte. Diese Bestimmungen galten nicht für Kriegsteilnehmer, „die im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich ... gekämpft haben.“ Deshalb sah der Leiter des Gymnasiums Mannheim Dr. Hermann Krakert keinen Grund, den Namen Kaufmann-Bühler nach Karlsruhe zu melden, zumal „über die nationale Gesinnung des Genannten“ kein Zweifel bestünde.¹⁶ Im Sommer 1933 ließ die neue NS-Führung des Kultusministeriums die Personalakten systematisch auf Fälle nach dem GWBB überprüfen; dabei stieß man auf die Namensänderung von Bühler zu Kaufmann-Bühler. Nun musste dieser in einer ausführlichen Stellungnahme über seine Herkunft, den Kriegsdienst und seine politische Einstellung in der Weimarer Republik Auskunft geben. In der Überzeugung, dass ihn die Ausnahmebestimmung des GWBB für nichtarische Kriegsteilnehmer schützte, legte Kaufmann-Bühler besonderen Wert darauf, seine nationale Gesinnung darzulegen und über seine politischen

Aktivitäten während des Studiums zu berichten. Er betonte seine „überparteilich-nationale“ Einstellung und seine Distanz zu den Parteien, „weil mich der engstirnige Geist des Parteigezänks anwiderte u. weil ich andererseits meine Freizeit auf historische Studien verwenden wollte.“¹⁷

So schien er diesen Vorstoß des Ministeriums erfolgreich abgewehrt zu haben. Für Kaufmann-Bühler und seine Familie hätte dies Beschäftigung und Verdienst mindestens bis zum Jahresende 1935, d.h. nach den Nürnberger Gesetzen, bedeutet.¹⁸ Aber wie viele andere national gesinnte Deutsche jüdischer Abstammung schätzte er die Motive der NS-Machthaber falsch ein. Der Kultusbehörde ging es nicht nur um eine politische, sondern auch um eine „rassische Säuberung“ der Beamtenschaft im Sinne der zum Dogma erhobenen Rassenideologie. Seine Widersacher im Kultusministerium waren seit der Gleichschaltung zwei „alte Kämpfer“, fanatische Nationalsozialisten und überzeugte Antisemiten: Kultus- und Justizminister Dr. Otto Wacker (1899–1940) und der Leiter der Gymnasialabteilung Dr. Herbert Kraft (1886–1946). Wacker „säuberte“ die Führungsebene des Kultusministeriums gründlich; im ersten Jahr nach der NS-Machtübernahme schieden 17 von 24 höheren Ministerialbeamten aus. Kraft selbst – seit 1920 Gymnasiallehrer und als Landtagsabgeordneter der NSDAP berüchtigt – war 1929 wegen seiner verfassungsfeindlichen Aktivitäten von Kultusminister Adam Remmele (SPD) ans Gymnasium Mannheim strafversetzt und 1930 seines Amtes enthoben worden. Seine Vertretung war damals Kaufmann-Bühler übertragen worden!¹⁹ Hartnäckig ließen Wacker und Kraft Wege zur Entlassung nichtarischer Lehrer sondieren. Am 6. Dezember 1933 wurde in einer einem Kriegsrat ähnlichen Ministerialsitzung beschlossen, „dass nichtarische Personen, wenn sich Möglichkeiten außerhalb des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums ergeben, entlassen werden sollen“.²⁰ Als Rechtsgrundlage dieser Entscheidung wurde – in Umgehung des GWBB – das Badische Beamtengesetz von 1931 herangezogen, das die Entlassung außerplanmäßiger Beamter ohne Angabe von Gründen mit vierteljährlicher Kündigungsfrist ermöglichte. Am 18. Dezember 1933 wurde Kaufmann-Bühler durch seinen Ex-Kollegen Kraft mündlich von der bevorstehenden Entlassung informiert. Bereits einen Tag später reichte er – in der höflichen Form eines „Gesuchs“ – schriftlichen Widerspruch gegen diese Entscheidung ein. Er führte drei Argumente an: 1. die Unvereinbarkeit mit dem Reichsgesetz GWBB, 2. die Benachteiligung der Gymnasiallehrer bei der Anstellung auf Lebenszeit in den zurückliegenden Jahren, 3. die soziale Härte gegenüber seiner Familie (drei Kinder, Mutter). Als Beispiel scharfsinniger Argumentation und mutigen Widerstandes verdient der folgende Abschnitt zitiert zu werden:

„Nach dem Reichsgesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums wäre ich trotz nichtarischer Abstammung von väterlicher Seite, als Frontkämpfer (Kriegsverletzung und Kriegsdienstbeschädigung) ausgenommen. Wenn trotzdem die Entlassung auf Grund des bad. Beamtengesetzes ausgesprochen und ... mit meiner nichtarischen Abstammung begründet würde, so wäre in einer derartigen Maßnahme ein verfassungsrechtlicher Widerspruch eingeschlossen, da durch Anwendung des Landesgesetzes die Bestimmung des übergeordneten Reichsgesetzes praktisch ausgeschaltet würde. Da das Reichsgesetz für alle Länder des Reichsgebietes eine einheitliche Regelung der fraglichen Materie erstrebt und sogar, abgesehen von allen Beamtenkategorien, Angestellte u. Arbeiter seinen Bestimmungen einbezieht, würde eine darüber hinausgehende Verschärfung durch besondere landesrechtliche Gesetze seinen Wert zweifelhaft machen, indem eine durchaus verschie-

dene Handhabung stattfände. Deshalb ersuche ich, meinen Fall nach den Bestimmungen des Reichsgesetzes behandeln zu wollen.“²¹

Erwartungsgemäß lehnte das Ministerium sein Gesuch ab, beurlaubte ihn mit sofortiger Wirkung und kündigte ihm auf der Grundlage des Badischen Beamtengesetzes zum 1. April 1934.²²

Erfolglos blieben auch zwei Vorstöße zugunsten Kaufmann-Bühlers. In einer Eingabe verwies seine Schwiegermutter Emma Schoenflies auf die Regelung in Preußen, „wo die Regierung die Gesinnung berücksichtigt und stets bemüht ist, grosse Härten zu vermeiden“ und wagte es, „zu fragen, ob ich wohl ohne Verletzung des Dienstgeheimnisses mitgeteilt bekommen kann, ob dieser Kündigung noch irgend eine andre Ursache zu Grunde liegt“.²³ Der evangelische Landesbischof von Baden Julius Kühlewein (1873–1948), den Kaufmann-Bühler unter Vermittlung von Oberkirchenrat Dr. Heinrich Brauß (1883–1942), einem ehemaligen Kollegen, um Hilfe oder um eine Anstellung in der Landeskirche gebeten hatte, setzte sich ebenfalls für diesen mit der Bemerkung ein: „Immerhin steht der Bittsteller beruflich vor dem Nichts, weil er einst – vielleicht aus politischen Gründen – nicht rechtzeitig planmässig geworden ist und somit jetzt hätte geschützt werden können.“ Insbesondere sei aus sozialen und familiären Gründen ein genügender Unterhaltszuschuss angebracht.²⁴

Erhebliche Unruhe im Kultusministerium löste Kaufmann-Bühler mit einer Vor-sprache in Berlin aus. Im Auswärtigen Amt, wo er sich nach einer Verwendung im Auslandsschuldienst erkundigt hatte, wurde ihm geraten, seinen Fall im Reichsinnenministerium vorzutragen. Dort hätten – so sein Bericht – ihm zwei Referenten mitgeteilt, dass die Ausnahmeregelung des GWBB für Frontkämpfer auch bei außerplanmäßigen Beamten gelte und dass Innenminister Wilhelm Frick (1877–1946) auf eine einheitliche Handhabung des Gesetzes im ganzen Reich dringe. Man rate ihm zu einem erneuten Gesuch an das Kultusministerium und bei Ablehnung zu einer Beschwerde an die Verfassungsabteilung des Reichsinnenministeriums.²⁵ Einen Konflikt mit Berlin wollte die badische Kultusbehörde doch nicht riskieren. Daher suchte man am 14. April 1934 juristischen Rat. Die Auskunft des Sachverständigen aus der Justizabteilung des Ministeriums, Ministerialrat und NSDAP-Mitglied Heinrich Reinle (1892–1945), war erstaunlich differenziert.

„Herr Reinle erklärte, dass er die von Kaufmann-Bühler wiedergegebene Auffassung des Reichsministeriums des Innern als dem Sinne des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums entsprechend ansehe. Der Schutz der Kriegsteilnehmer sei einer der Grundgedanken des Berufsbeamtengesetzes. Juristisch sei allerdings auch die von der Abteilung Kultus und Unterricht vertretene Auffassung haltbar. Den Weg, in Berlin im Reichsministerium des Innern anzufragen, halte er für richtig, aber man müsse [ergänzt: u. U.] damit rechnen, dass das Reichsministerium des Innern es nicht für richtig halte [korrigiert: billige], dass man die badische Beamtengesetzgebung ohne Berücksichtigung der Schutzbestimmungen des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums anwende.“²⁶

In der Anfrage nach Berlin argumentierte Kultusminister Wacker damit, dass das GWBB die gültigen landesrechtlichen Kündigungsmöglichkeiten nicht einschränke, sondern im Gegenteil erweitere.

„Von dem Recht der Kündigung wurde bei Lehramtsassessor Kaufmann-Bühler Gebrauch gemacht, weil unter den gegebenen Verhältnissen die Verwendung von nichtarischen Lehr-

personen auf Schwierigkeiten stossen kann, und weil es mir nicht erwünscht erscheint, diese zur planmässigen Anstellung zu bringen.“²⁷

Die Antwort aus Berlin fiel zur Zufriedenheit der Karlsruher Behörde aus. Das GWBB berühre die landesrechtliche Kündigung für außerplanmäßige Beamte nicht; eine Auskunft im Sinne Kaufmann-Bühlers sei nie erteilt worden. Damit war seine Entlassung endgültig entschieden. Stolz berichtete Kultusminister Wacker im September 1935 an den Reichstatthalter in Baden Robert Wagner (1895–1946),

„daß außer den aufgrund des Reichsgesetzes vom 7. April 1933 zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums ausgeschiedenen Nichtariern durch andere Maßnahmen des Ministeriums sowohl schon vor der Erlassung des Gesetzes vom 7. April als auch später in erheblicher Zahl nichtarische Beamte, Lehrkräfte usw. ausgeschieden wurden.“²⁸

In mehreren umfangreichen schriftlichen Stellungnahmen und in Unterredungen mit den zuständigen Ministerialreferenten hat sich Kaufmann-Bühler gegen seine Entlassung aus dem Schuldienst gewehrt – eine Entlassung, die seiner Meinung nach rechtswidrig war und nach den internen Aufzeichnungen des Ministeriums auf einer fragwürdigen Rechtskonstruktion beruhte. Welches waren die Motive für seinen außergewöhnlichen Widerstand, der ihn von anderen, ähnlich gelagerten Fällen unterscheidet? Sicherlich die ganz pragmatische Motivation, für sich den geliebten Beruf und für seine Familie den Lebensunterhalt zu sichern; weiterhin die Hoffnung auf ein baldiges Ende des NS-Regimes; ein ausgeprägter Gerechtigkeitssinn und der Glaube an die weitere Gültigkeit des Rechtsstaates. Die Schriftsätze, in denen er sein bisheriges Leben mit Kriegsdienst und Verwundung, seine politische Gesinnung und seine Unterrichtserfolge aufzeigt, lassen noch eine weitergehende Interpretation zu. In ihnen spricht ein Mensch, der sich im Widerstand gegen staatliche Willkür ein Stück innerer Freiheit und persönlicher Identität sichert, der seine Biographie als national-liberaler Deutscher und evangelischer Christ nicht auf die Zuschreibungen „nichtarisch“ oder „Jude“ reduziert sehen will. Mit seiner Hartnäckigkeit und intelligenten Argumentation macht er es der Ministerialbürokratie nicht gerade leicht. Ob sie ihn deshalb als intellektuell gleichwertigen Kontrahenten ansah, bleibt offen. Ihm wurde ein Unterstützungsgeld in Höhe von 40% des ruhegehaltsfähigen Dienst Einkommens, d.h. knapp 200 RM monatlich zuzüglich Kindergeld gewährt, wovon er allein für die Miete 82 RM, später 60 RM aufwenden musste.²⁹

Überleben in der Diktatur: Not, Ausgrenzung und Verfolgung

Wie konnte eine sechsköpfige Familie von dieser geringen Summe leben? – Die Eltern, die Söhne Ernst (geb. 1927), Dieter (geb. 1929) und Rolf (geb. 1932) sowie die inzwischen 78jährige Mutter. Später kamen noch die Söhne Werner (geb. 1936) und Walter (geb. 1944) dazu. Da die staatliche Unterstützung auf Widerruf gewährt wurde, veranlasste das Ministerium jährlich eine demütigende Überprüfung der Vermögens- und Einkommensverhältnisse durch die Heidelberger Polizeidirektion. Die Berichte geben ein realistisches Bild von den schwierigen Lebensumständen der Familie.³⁰ Schon 1934 ließ sich Elisabeth Kaufmann-Bühler vorzeitig ihren Anteil am väterlichen Erbe auszahlen, was nur über eine begrenzte Zeit hinweghalf. Etwas Geld verdiente Kaufmann-Bühler dadurch, dass er Privatunterricht erteilte. Seine Schüler entstammten Fami-

lien, die selbst verfolgt wurden oder das NS-System ablehnten. Infolge der Nürnberger Gesetze wurde der Unterhaltszuschuss 1935 nochmals um 19 % gekürzt. Die durch Schwangerschaft und Krankheit entstandenen Kosten konnte das Ehepaar 1936 nicht mehr aufbringen und musste sich mit 900 RM verschulden.

In dieser akuten Notsituation suchten beide Ehepartner nach Hilfe. Elisabeth Kaufmann-Bühler reiste mit den drei jüngeren Kindern nach Berlin, um sich dort einige Monate bei ihrer Mutter aufzuhalten. Ihr Mann wandte sich erneut an die Evangelische Landeskirche, um eine Beschäftigung zu erbitten. Fürsprecher fand er in den Oberkirchenräten Dr. Heinrich Brauß, den er aus dem Kollegium des Mannheimer Gymnasiums kannte, und Karl Bender (1881–1961).³¹ Seit 1. Juli 1936 zunächst in der Registratur der Kirchenleitung beschäftigt, wurde er bald seiner geschichtswissenschaftlichen Vorbildung entsprechend als wissenschaftliche Hilfskraft bei der Fertigstellung des „Badischen Pfarrerbuches“ eingesetzt. Dieses biographische Nachschlagewerk sollte die badischen Pfarrer seit der Reformation, ihre Lebensdaten und die zugehörigen Gemeindepfarreien erschließen. Wohl aus Altersgründen hatte der Wieblinger Pfarrer i. R. Heinrich Neu das Werk nicht vorangebracht; deshalb suchte Karl Bender nach einem Weg, um sein Lieblingsprojekt, an dem er selbst mitarbeitete, weiterzuführen. Dafür war Kaufmann-Bühler der geeignete Mann. Ab Juli 1936 verdiente er auf diese Weise 40 RM Wochenlohn, ab 1937 245 RM Monatsgehalt. Dieses Arbeitsverhältnis blieb den NS-Behörden nicht verborgen. Im November 1937 sprach Kreisobmann Frey von der DAF-Kreisverwaltung Karlsruhe vor und „beanstandete, daß beim Oberkirchenrat der Mischling Dr. Kaufmann-Bühler beschäftigt werde. Die Arbeitsfront verlange, daß nur arische Angestellte bei Behörden beschäftigt werden.“ Oberkirchenrat Dr. Emil Doerr (1882–1948) verwies auf die schwierige wirtschaftliche Lage Kaufmann-Bühlers. Er sei

„auf Veranlassung und Empfehlung von Oberkirchenrat i. R. Dr. Brauß eingestellt worden. ... Dieser habe s. Zt. mit dem maßgebenden Herrn des Ministeriums [wohl Herbert Kraft; R.R.] hierwegen gesprochen. Dr. Kaufmann-Bühler sei nunmehr mit einer Arbeit beschäftigt, welche ihn noch längere Zeit beanspruche und nicht von jedem Angestellten besorgt werden könne, da sie archivarische Kenntnisse und die Fähigkeit, in alten Akten zu forschen und zu lesen, voraussetze. Kreisobmann Frey ließ den Einwand nicht gelten und hielt seine Forderung aufrecht, daß Dr. Kaufmann-Bühler entlassen werden müsse.“³²

Um die örtliche DAF-Leitung zu beruhigen, sprach die Kirchenleitung die formelle Kündigung zum 1. April 1938 aus, obwohl Kaufmann-Bühler für die Fertigstellung des zweiten Teils des Pfarrerbuches dringend gebraucht wurde. Tatsächlich wurde das Dienstverhältnis stillschweigend verlängert. Aber jetzt schaltete sich ein neuer ernstzunehmender Gegner ein: die staatliche Finanzabteilung beim Oberkirchenrat. Diese war im Mai 1938 als staatliche Behörde geschaffen worden, um alle finanziell wirksamen Beschlüsse der Kirchenleitung zu kontrollieren und die evangelische Kirche in Baden endgültig dem NS-Staat unterzuordnen. An ihrer Spitze stand der Jurist Dr. Theophil Lang (1904–1944), NS-Bürgermeister in Mosbach, dann in Bruchsal; sein Stellvertreter war Oberkirchenrat Emil Doerr. Unmittelbar nach ihrer Einsetzung verlangte die Finanzabteilung energisch die Kündigung von Kaufmann-Bühler. Mehrmals gelang es Oberkirchenrat Karl Bender, diese unter Hinweis auf den bevorstehenden Abschluss der Editionsarbeiten hinauszuzögern. Im November 1938 drohte Lang ultimativ:

„Ich sehe mich außerstande, den Angestellten Kaufmann-Bühler über den 31. Dezember 1938 hinaus im Kirchendienst zu belassen und zu besolden, selbst auf die Gefahr hin, daß die series pastorum [d. i. das Pfarrerbuch; R.R.] bis zu diesem Zeitpunkt nicht fertig wird. Höhere Interessen zwingen dazu, jeden Judenstämmling auch aus dem Kirchendienst auszuschneiden.“³³

Jetzt war die erhoffte Weiterbeschäftigung nicht mehr möglich. In einem letzten Zugeständnis arbeitete Kaufmann-Bühler bis zum Jahresende 1938 und konnte anschließend bis zum 21. Januar 1939 seinen ihm zustehenden bezahlten Urlaub nehmen. Oberkirchenrat Bender dankte ihm für seine „wertvolle Arbeit“ und stellte ihm ein vorzügliches Zeugnis aus. Er habe

„bewiesen, dass Sie über eine sehr gute wissenschaftliche Schulung als Historiker verfügen und die Gabe besitzen, sich rasch und zuverlässig in ein fremdes Stoffgebiet einzuarbeiten und für seine förderliche Behandlung selbständige Gesichtspunkte zu gewinnen.“³⁴

Es sei Kaufmann-Bühlers Fähigkeiten und Einsatz zu verdanken, dass das Pfarrerbuch 1938/39 in zwei Bänden erschien. Im Vorwort des zweiten Bandes schreibt Bender: „Besonders hat sich der junge Historiker verdient gemacht, den der Evang. Oberkirchenrat in dankenswerter Weise mit dieser Arbeit beauftragt hatte, und der auch schon am ersten Band mithalf.“ Im Exemplar der UB Heidelberg findet sich dazu eine aufschlussreiche Bleistiftnotiz am Rand: „jüd. Konvertit! daher nicht genannt!“ Zusatz von anderer Hand: „(gut)“.³⁵ Die Deutung dieser Randbemerkung in einem sicherlich nur von Theologen entliehenen Werk bleibt dem Leser überlassen! Immerhin mehr als zwei Jahre lang hatte Kaufmann-Bühler eine ihm adäquate Beschäftigung und eine wichtige Einnahmequelle. Dafür setzten sich auch „linientreue“ Mitglieder der Kirchenleitung aus Interesse an seinen Fähigkeiten und aus sozialer Verantwortung ein; eine Zeitlang konnten sie die ideologischen Scharfmacher in Schach halten.

Mit dem Ende der Beschäftigung in Karlsruhe halbierte sich das Familieneinkommen; die Not wuchs zusehends. Eine legale Tätigkeit wurde Kaufmann-Bühler vom Arbeitsamt im Einvernehmen mit der Gestapo nicht genehmigt, sein Arbeitsbuch bis 1943 geschlossen. Schließlich wurde der staatliche Unterhaltszuschuss überhaupt nicht mehr gezahlt. Weiterhin erteilte er Privatunterricht. Außerdem erwarb er sich die nötigen Kenntnisse in Buchhaltung und half solchen Handwerksbetrieben bei der Buchführung, deren Inhaber regimekritisch eingestellt waren und es wagten, einen derartig stigmatisierten Mann zu beschäftigen. Dazu gehörten u. a. das Elektrogeschäft Gustav A. Bernock in der Brückenstraße 29 (seit 1942 oder 1943 halbtagsweise), eine Metzgerei in Neuenheim und die Elektrowerkstatt Franz Schmalz in Rohrbach.³⁶

Noch stärker als die materielle Not belasteten die Familie die soziale Ausgrenzung, die staatlichen Willkürmaßnahmen und das Bewusstsein zunehmender Gefährdung. Diese grauenvolle Angst ist uns aus den Tagebüchern von Victor Klemperer (1881–1960) und Karl Jaspers (1883–1969) bekannt.³⁷ In seinem Lebenslauf von 1945 stellte Kaufmann-Bühler einige markante Situationen zusammen: 1936 fand eine Durchsuchung der Wohnung statt, in der das gesamte Material seiner wissenschaftlichen Arbeit beschlagnahmt und ihm trotz entsprechender Zusicherung nicht zurückgegeben wurde. In der Reichspogromnacht 1938 wurde er verhaftet; die Überführung in ein KZ konnte er dadurch verhindern, dass er auf seinen Status als „Mischling“ verwies. Anschließend an die Gewaltaktionen des November 1938 wurden die Söhne

Ernst und Dieter vom Besuch des Gymnasiums ausgeschlossen. Denn der Erlass vom 15. November untersagte jüdischen und nichtarischen Schülern generell den Schulbesuch.³⁸ Sieben Jahre bis zum Ende des NS-Regimes waren die Söhne – soweit noch in Deutschland – von ihren Altersgenossen isoliert und ausgegrenzt; sie wurden von ihren Eltern und von zwangspensionierten Lehrkräften unterrichtet.

Im folgenden Jahr wurde Kaufmann-Bühler wegen angeblicher Spionage mehrfach von der Gestapo vorgeladen. Seine Post wurde überwacht, die Auslandskorrespondenz (damit auch mit den Söhnen Ernst und Rolf in England) verboten. Die Unsicherheit über das weitere Schicksal wuchs im Jahre 1940. Im April wurde Kaufmann-Bühler zur Wehrmacht eingezogen und in Holland eingesetzt. So fehlte er seiner Frau und seiner Familie in der kritischen Situation des 22. Oktober 1940, als die badischen und pfälzischen Juden nach Gurs deportiert wurden. Wider Erwarten blieben Elisabeth und die Söhne als „privilegierte Mischehe“ verschont. Als „privilegiert“ galt eine Familie, in der ein Partner jüdisch, der andere arischer oder nichtarischer „Reichsbürger“ im Sinne des Gesetzes von 1935 war und gemeinsame, nichtjüdisch erzogene Kinder zu versorgen waren. In „privilegierter Mischehe“ lebende Juden waren von der Kennzeichnungspflicht mit dem „Judenstern“ ausgenommen; außerdem durften sie in ihren bisherigen Wohnungen bleiben und wurden nicht in sog. „Judenhäusern“ einquartiert.³⁹

Wenige Tage später wurde Kaufmann-Bühler wegen seiner jüdischen Ehefrau aus dem Kriegsdienst entlassen und der Landwehr II zugeteilt.⁴⁰ Gleichzeitig verschärfte sich aber der Druck von anderer Seite. Das für die Unterhaltszahlung zuständige badische Finanz- und Wirtschaftsministerium teilte ihm mit, er gelte als Jude und habe den zusätzlichen Vornamen „Israel“ zu tragen. Denn er stamme von zwei jüdischen Großeltern ab und sei mit einer Jüdin verheiratet. Kaufmann-Bühler wehrte sich mit dem Mut der Verzweiflung. Er legte verschiedene Bescheinigungen vor, die ihn als „Mischling 2. Grades“ oder „Vierteljuden“ (mit einem jüdischen Großelternteil) bestätigten, und verwies auf die schwierigen Nachforschungen nach dem arischen Elternanteil seines Vaters im Elsass.⁴¹ Mit dieser Hinhaltetaktik hatte er offensichtlich Erfolg. Wäre er endgültig als „Halbjuden“ oder „Mischling 1. Grades“ eingestuft worden, hätten seine Frau und er den fragwürdigen Schutz der „privilegierten Mischehe“ verloren, die gesamte Familie wäre in höchster Gefahr gewesen. Unsicherheit und Angst dauerten an; denn in einem Willkürsystem menschenverachtender Rassengesetzgebung musste die Familie stets mit dem Schlimmsten rechnen. Ausgrenzung, Verfolgung, Verweigerung klinischer Versorgung, Not und Unsicherheit schweißten die Familienangehörigen zu einer verschworenen Lebensgemeinschaft zusammen. Kurz vor Kriegsende traf die Familie am 14. Februar 1945 die lange befürchtete Gewaltmaßnahme: Elisabeth Kaufmann-Bühler, obwohl Mutter eines achtmonatigen Sohnes, wurde in das KZ Theresienstadt deportiert. Zum Glück überlebte sie den Aufenthalt – von den erlittenen Qualen schwer gezeichnet.⁴²

Überleben in der Diktatur: Solidarität und Hilfe

In der Zeit der Not und der Verfolgung hatte die Familie Kaufmann-Bühler eine Reihe von Helfern, die ihr das Überleben erleichterten. Leider lassen sich aus den Quellen nur wenige Namen belegen. Da ist zunächst Hermann Maas (1877–1970) zu nennen, Pfarrer an der Heiliggeistkirche (1915–1943), im Jargon der Nationalsozialisten der „stadtbekannte Judenfreund“. Er war Vertrauensmann des „Büro Grüber“, der kirchlichen Hilfsstelle für nichtarische Christen, die Probst Heinrich Grüber 1938 in Berlin gegründet hatte. Dank seiner internationalen Kontakte zu englischen Freunden wie dem Bischof von Chichester George Bell und der Londoner Hilfszentrale im „Blossomsbury-House“ half Maas vielen Verfolgten bei der Emigration.⁴³ Mit seiner Unterstützung schickte das Ehepaar Kaufmann-Bühler im März 1939 zwei seiner Söhne – Ernst, den ältesten, und Rolf, den drittältesten – in einem Kindertransport nach England. Die Emigration der restlichen Familie scheiterte an der hohen „Reichsfluchtsteuer“ und daran, dass keine Verwandten im Ausland lebten. Ein tragischer Schicksalsschlag traf die Eltern, als Ernst ein Jahr später an einer Sepsis in England starb, wo man ihn doch sicher geglaubt hatte. Engste Mitarbeiterin von Hermann Maas war Dr. Marie Baum (1874–1964), der 1933 der Lehrauftrag an der Universität Heidelberg entzogen worden war. Sie hatte persönliche Beziehungen zur Familie und überbrachte im Februar 1945 auf Bitten von Rechtsanwalt Dr. Arthur Strauß (1880–1955) persönlich den Deportationsbefehl der Gestapo für Elisabeth Kaufmann-Bühler.⁴⁴ Strauß war von der Nazi-Bürokratie als Vertrauensmann der jüdischen Bevölkerung in Heidelberg eingesetzt worden. Offensichtlich war er mit Kaufmann-Bühler gut bekannt; denn dieser benannte ihn 1945 neben Maas als Gewährsmann im Personalfragebogen der US-Militärregierung. Darüber hinaus gab es ein ganzes Netzwerk von Menschen, die der Familie geholfen haben. Dazu gehörten wohl Dr. Annemarie Fraenkel (1897–1967) – Opfer und Helferin zugleich – und die Ärztin Dr. Marie Clauss (1882–1963). Erich Kaufmann-Bühler seinerseits hatte bald nach seiner Entlassung den Fachkollegen Prof. Emil Hirsch (1868–1935), den letzten jüdischen Lehrer am KFG Heidelberg, bis zu seinem Tod im März 1935 betreut.⁴⁵



Abb. 2: Karlsruher Straße 56. Wohnung der Familie im 2. OG (Foto: R. R.)

Im Stadtteil Rohrbach fand die Familie Hilfe bei Pfarrer Otto Däublin und bei ihrem Hausarzt Dr. Kurt Hack (Lindenweg 6). Mit Däublin (1900–1975, Gemeindepfarrer 1938–1968), einem Regimegegner, dessen Predigten bespitzelt wurden und der mehrfach von der Gestapo verhört wurde, verband Kaufmann-Bühler eine freundschaftliche Beziehung. Gesten menschlicher Solidarität erlebte die Familie von Seiten der Rohrbacher Bevölkerung; gerade die „einfachen Leute“ – so die Erinnerung – zeigten Mitgefühl und keine Spur von Antisemitismus.⁴⁶ Wäh-

rend seine Frau die Wohnung seit 1940 kaum noch verließ, fand Kaufmann-Bühler als kontaktfreudiger Mensch Gesprächspartner, die das NS-Regime ebenfalls ablehnten. Die Elektro-Werkstatt von Franz Schmalz in der St. Peter-Straße 2, gegenüber der eigenen Wohnung, suchte er nicht nur auf um die Buchhaltung zu erledigen, sondern auch um heimlich den „Feindsender“ BBC zu hören. Dort lernte er wohl einen anderen Gesprächspartner kennen: Johann Six aus der Fabrikstraße 16, LKW-Fahrer bei der Milchversorgung, ehemaliges KPD-Mitglied und entschiedener Gegner des Systems. Der Polizeikommissar August Metzger (Erbprinzenstraße 17) war wie Kaufmann-Bühler vorzeitig zwangspensioniert worden. Als einer der ganz wenigen Mitmenschen besuchte er die Familie in der Wohnung; Kaufmann-Bühler half oft in dem Garten, den Metzger in der Hohen Gasse gepachtet hatte.⁴⁷

Der Mensch Erich Kaufmann-Bühler: Versuch einer Annäherung

Am Tage der Kapitulation Deutschlands wird Erich Kaufmann-Bühler 46 Jahre alt; er selbst ist in Heidelberg schon seit fünf Wochen von der Nazi Herrschaft befreit. Anlass dazu, ein Bild dieses Menschen zu skizzieren, soweit es einem Außenstehenden aufgrund des schriftlichen Quellenmaterials und weniger Erinnerungsberichte überhaupt möglich ist. Ausgestattet mit einem scharfen analytischen Verstand und einem gesunden Selbstbewusstsein gelingt ihm der Aufstieg zum promovierten Historiker. Seine Vorliebe gilt der wissenschaftlichen Erforschung des Humanismus und der Bismarckzeit. Aus der Beschäftigung mit der Geschichte erwächst sein Interesse an der Politik. Die Werte Vaterlandsliebe, Freiheit und Gerechtigkeit stehen für ihn an oberster Stelle. Daraus ergibt sich eine bedingungslose Ablehnung des NS-Systems, eine entschiedene Dissidenz. Widerstandskämpfer ist er – schon mit Rücksicht auf seine Familie – nicht. Mit Jugendlichen kann er im Gymnasialunterricht und im Privatleben gut umgehen; freilich gilt er als fordernd und bestimmend. Gegenüber Vorgesetzten tritt er höflich im Ton, aber selbstbewusst in der Sache auf und zeigt keine Furcht vor übergeordneten Autoritäten.

Wenn lebenswichtige Interessen seiner Familie bedroht sind, ist er recht erfinderisch und spielt seine Kontrahenten geschickt aus. Denn für seine Familie – Frau, Kinder, Mutter – fühlt er sich verantwortlich; ihr Leben zu sichern ist für ihn oberstes Gebot. Dafür dass ihm seine Mutter den sozialen Aufstieg ermöglicht hat, ist er ihr zeitlebens dankbar. Die Liebe zu seiner Frau lässt den Gedanken an eine Scheidung gar nicht aufkommen – auch nicht zu einer Zeit, als ihm dies rechtliche Vorteile verschafft hätte. Durch diese Treue bewahrt er seine Frau – beinahe bis zum Ende des Dritten Reiches – vor der Deportation.

Seine intellektuelle Begabung und seine Offenheit gegenüber dem praktischen Alltagsleben ermöglichen es ihm, sich rasch neue Fähigkeiten anzueignen. Humor und Ironie helfen ihm dabei diese schwierige Zeit durchzustehen. Gegenüber den Mitmenschen tritt er ohne Überheblichkeit auf und findet in den Jahren der Verfolgung guten Kontakt zu Menschen des praktischen Lebens – wenn sie das herrschende System ablehnen. Als Ausgleich für seine ihm aufgezwungene Außenseiterrolle unternimmt

er lange Waldspaziergänge. Er vermittelt das Bild eines aktiven, dynamischen Menschen, der auf seine angegriffene Gesundheit oft nicht genügend Rücksicht nimmt.

1945–1947: Berufliche Rehabilitierung und politisches Engagement

Kriegsende und Zusammenbruch des NS-Regimes bedeuteten für die Familie Kaufmann-Bühler Befreiung und Erlösung: Das Ehepaar hatte überlebt, wenn auch körperlich geschwächt und ernsthaft erkrankt als Folge der überstandenen Notjahre, bei Elisabeth vor allem der Monate im KZ Theresienstadt. In einer Zeit, in der die öffentlichen Schulen noch geschlossen waren, erteilte Kaufmann-Bühler bald wieder Privatunterricht. Im Sommer 1945 beantragte er seine Rehabilitierung und Wiederverwendung im Schuldienst. Der von der US-Militärregierung verlangte Personalfragebogen ergab ein so eindeutiges Bild, dass er schon am 1. Dezember 1945 seinen Dienst am KFG Heidelberg antreten konnte. Im März 1946 wurde er rückwirkend zum 1. Januar 1946 zum Beamten auf Lebenszeit mit dem Titel „Professor“ ernannt. „Im Hinblick auf das dem Beamten zugefügte Unrecht halte ich“ – so die Kultusverwaltung – „es ... für angebracht, seine planmäßige Anstellung, die bei regelmäßig verlaufener Dienstlaufbahn bereits erfolgt wäre, durchzuführen. Seine Bestätigung seitens der Militärregierung liegt vor.“ Seine Ernennung sei „als Maßnahme der Wiedergutmachung“ erforderlich.⁴⁸

Bei der später erfolgten Festsetzung des Besoldungsdienstalters wurden die Jahre 1934–1945 als Dienstjahre angerechnet. In beiden Fällen – so ergibt sich aus der Auswertung der Akten – musste Kaufmann-Bühler die Initiative ergreifen, um die Entscheidungen der Kultusbürokratie in Gang zu setzen bzw. zu beschleunigen.⁴⁹ So konnte er sich an dem ihm wohl vertrauten Gymnasium in Heidelberg der Aufgabe widmen, die er in seinem Lebenslauf von 1945 recht pathetisch umschrieb:

„Gerade diese Jahre der Verfolgung haben mich zu der Erkenntnis geführt, dass es für die Zukunft Deutschlands keine wichtigere Frage geben kann als die der Erziehung der deutschen Jugend in einem Geist verantwortungsbewusster Humanität, damit menschliches und göttliches Recht wieder geachtet und die wahren Lebenswerte verstanden und als Ziele erstrebt werden. Dieser Erziehungsaufgabe und zugleich jenen wissenschaftlichen Studien geschichtsphilosophischen Charakters, denen ich in Jahren bittersten Kampfes meine Nächte geopfert habe, möchte ich, durch Leid geprüft, aber nicht gebeugt, meine ganze Kraft widmen.“⁵⁰

Pädagogische Arbeit und wissenschaftliche Studien genügten dem neu erwachten Tätigkeitsdrang Kaufmann-Bühlers aber offensichtlich nicht. Denn zur gleichen Zeit begann er sich politisch zu engagieren.

Am 8. November 1945 wurde im Evangelischen Gemeindehaus in der Plöck 66 die Heidelberger Ortsgruppe der CDU unter der Bezeichnung „Christlich-Soziale-Union“ (CSU) gegründet und erhielt die Parteilizenz von der US-Militärregierung.⁵¹ Das Ziel war die Schaffung einer großen christlich-bürgerlichen Sammelpartei; damit lief der Versuch vom Sommer 1945, die ehemalige Zentrumsparterie zu reaktivieren, ins Leere. Theodor Heuss (1884–1963), seit kurzem einer der drei Lizenzträger der Rhein-Neckar-Zeitung, strebte den Zusammenschluss liberaler und christlicher Kräfte an. Nachdem er aber als Minister nach Stuttgart berufen worden war und nicht mehr so viel Einfluss auf Heidelbergs politische Landschaft hatte, entstand auf Initiative von Karl Grathwohl (1906–1982) die DVP als eigene liberale Partei. An der Gründung der Heidelberger CSU

und vor allem der CSU-Bezirksgruppe in Rohrbach war Kaufmann-Bühler mit großer Wahrscheinlichkeit beteiligt. Ähnlich wie der spätere Kreisvorsitzende Baurat Hermann Hampe (1904–1970; früher Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei DDP) trat er als Protestant für eine überkonfessionelle christliche Volkspartei mit liberalem und sozialem Anspruch ein. Diese vielfältige Orientierung spiegelte sich in dem Programm wider, das sich die Heidelberger CSU am 29. November 1945 gab.⁵² Die Partei bekannte sich zu einem humanistisch geprägten Christentum, zur Demokratie, zu den Grundrechten und zum Rechtsstaat. Die Wirtschaftspolitik sollte den Wiederaufbau ermöglichen, Arbeitsplätze schaffen und soziale Härten mildern. Nur zu diesem Zweck sollte der Staat in das Wirtschaftsgeschehen eingreifen. Konkrete Sozialisierungsforderungen, wie sie die CDU in Berlin, Mannheim oder Karlsruhe erhob, fehlten in Heidelberg.

Zu Beginn des Jahres 1946 setzte das einfache Parteimitglied Kaufmann-Bühler zu einer erstaunlichen politischen Karriere an. In der Weimarer Republik hatte er sich dagegen in deutlicher Distanz zur Parteipolitik gehalten. Welche Motive veranlassten ihn zu diesem Sinneswandel? Die Mitarbeit am politischen Zusammenschluss von Bürgern beider Konfessionen? Die Mitverantwortung beim Aufbau der Demokratie nach Jahren der Diktatur? Nachholbedarf an Aktivität im öffentlichen Raum nach Jahren erzwungenen Rückzugs? Wollte er nicht nur Geschichte erforschen, sondern die politische Entwicklung Deutschlands zur Demokratie hin aktiv mitgestalten? Wir kommen einer Antwort näher, wenn wir seine weitere politische Karriere und sein politisches Denken verfolgen. Auf dem Gründungsparteitag der nordbadischen CDU, der am 9./10. Februar 1946 in Heidelberg stattfand, beschwor er in einer fulminanten Rede den überkonfessionellen Charakter der CDU und betonte, dass Protestanten und Katholiken in der Partei gleichberechtigt und vertrauensvoll miteinander umgingen. Seine Worte fanden große Resonanz und brachten ihm das Amt des stellvertretenden Landesvorsitzenden der CDU Nordbadens ein.⁵³ Auch auf lokaler Ebene engagierte sich Kaufmann-Bühler in der Parteiarbeit der CDU, wie sie seit Februar 1946 auch in Heidelberg hieß. Er war Vorsitzender der Bezirksgruppe Rohrbach; wie der politische Veranstaltungskalender der RNZ ausweist, trat er im Wochenrhythmus auf öffentlichen Informations- und Wahlkampfveranstaltungen in den Heidelberger Stadtteilen und im Umland auf. Sein wichtigstes Anliegen wurde bei der Bezirkskonferenz am 16. September 1946 deutlich:

„Die Idee der Zusammenarbeit der beiden Konfessionen im politischen Raum, die zur Gründung der CDU führte, hat sich bewährt. Der Brückenschlag ist nicht nur gelungen, sondern auf der Brücke herrscht heute lebhafter Verkehr, hinüber und herüber.“⁵⁴

Bei den Vorstandswahlen wurde Hermann Hampe als 1. Vorsitzender bestätigt, Kaufmann-Bühler zu seinem Stellvertreter gewählt. Statt Parität hatten die Protestanten sogar die Mehrheit im Vorstand. Im Jahre 1947 übernahm Kaufmann-Bühler zeitweise zusätzlich das Amt des geschäftsführenden Vorsitzenden.⁵⁵

Die politische Entwicklung des Jahres 1946 war durch eine Häufung von Wahlen und Abstimmungen geprägt. Am 26. Mai 1946 fand erstmals seit 1933 wieder eine freie Wahl des Stadtrates statt, der die seit April 1945 amtierenden auf Geheiß der Militärregierung von OB Josef Amberger (1889–1954) berufenen Stadträte ablöste. Die Wahl

brachte einen deutlichen Sieg der bürgerlichen Parteien, die CDU errang 11 Sitze. Auf der CDU-Liste stand Kaufmann-Bühler auf Platz Fünf und wurde so in den Stadtrat gewählt.⁵⁶ Das Kommunalwahlrecht, das der Landtag von Württemberg-Baden am 15. Oktober 1947 verabschiedete und das ein dem heutigen ähnliches Wahlsystem vorsah, machte schon im Winter 1947 eine Neuwahl des Stadtrates notwendig. Am 7. Dezember konnten SPD und DVP Stimmengewinne auf Kosten der CDU erzielen; in dem vergrößerten Stadtparlament fielen wieder 11 Sitze an die CDU, Kaufmann-Bühler mit der fünfhöchsten Stimmenzahl.⁵⁷ Im Gemeinderat arbeitete er im Verwaltungs- und im Schulausschuss, im Jugend- und Kulturausschuss, später im Wohlfahrtsausschuss mit. In seinen Debattenbeiträgen vertrat er die drängenden Alltagsorgen der Menschen: Sicherstellung der Ernährung; Verbesserung der medizinischen Versorgung; Behebung der Wohnungsnot, die sich durch den Zuzug in das unzerstörte Heidelberg dramatisch verschärfte; Ausweitung der Hoover-Schulspeisung und Schaffung von dringend benötigtem Schulraum. Außerdem nahm er zur Behandlung politisch belasteter Beamter, zum Demokratieverständnis und zur Erinnerungskultur Stellung.

Zurück in das Jahr 1946! Nach den Stadtratswahlen fanden im gleichen Jahr Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung (30. Juni), die Abstimmung über die Verfassung des Landes Württemberg-Baden und die Landtagswahl (24. November) statt. Neben Josef Amann (1879–1951) für die SPD, Theodor Heuss für die DVP wurde Kaufmann-Bühler in die Konstituante gewählt, wo er Mitglied im vorbereitenden Verfassungsausschuss war. Mit Erfolg setzte er sich dafür ein, die öffentlichen Schulen als „christliche Gemeinschaftsschulen“ in der Verfassung zu verankern. Bei der Nominierung des CDU-Landtagskandidaten kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen Katholiken und Protestanten. Gegen den vom Parteivorsitzenden Hampe vorgeschlagenen Kaufmann-Bühler erhob sich von katholischer Seite Widerspruch. Insbesondere die Stadträtin Dr. Ilse Krall (1897–1982; 1947–1968 im Stadtrat) kritisierte, dass die Katholiken die Hauptarbeit im Wahlkreis leisteten und daher auch Anspruch auf die Nominierung eines Kandidaten aus ihren Reihen hätten. Den Vorwurf mangelnder Aktivität kann man – wie wir gesehen haben – Kaufmann-Bühler wirklich nicht machen; bei Ilse Krall stand wohl eher eigener Ehrgeiz im Hintergrund. Erst nach längerer Debatte wurde Kaufmann-Bühler mit den Stimmen der katholischen Delegierten als Erstkandidat, Ilse Krall als Zweitkandidatin aufgestellt.⁵⁸ Den Ausschlag gaben wohl seine rhetorischen und publizistischen Fähigkeiten sowie seine parlamentarische Erfahrung in Stuttgart. Gegenüber den vorangegangenen Stadtratswahlen büßte die CDU Stimmen ein, die der DVP zugute kamen; stärkste Partei im Wahlkreis Heidelberg war mit knappem Vorsprung die SPD. Als Landtagsabgeordnete gewählt wurden Karl Ebert (SPD), Kaufmann-Bühler (CDU) und Theodor Heuss (DVP). Im Landtag war Kaufmann-Bühler Mitglied des Ständigen Ausschusses und des Kulturausschusses (mit Theodor Heuss). Im Plenum gehörte er nicht zu den häufigen Debattenrednern. In den ersten hundert Sitzungen sind nur drei Wortmeldungen nachweisbar: Zur Schulgeldfreiheit, zur Verbesserung der Tbc-Bekämpfung und zur finanziellen Unterstützung von Studenten.⁵⁹ In seinen Debattenbeiträgen argumentierte er eher grundsätzlich, manchmal etwas weitschweifig.

„Heidelberger Aktionsgruppe zur Demokratie und zum freien Sozialismus“. Kaufmann-Bühler schied aus dem Vorstand der nordbadischen und der Heidelberger CDU aus. Ob er mit Rücksicht auf seine parlamentarische Arbeit nicht mehr kandidierte oder nicht wiedergewählt wurde, ist nicht feststellbar.⁶⁰

Seine Arbeits- und Zeitbelastung verringerte sich dadurch kaum; denn neben den parlamentarischen Mandaten im Stadtrat und im Landtag, der Mitarbeit in den Ausschüssen waren genügend Pflichten in der lokalen CDU und im Wahlkreis zu erfüllen. Sein Deputat am KFG war nur geringfügig um zwei Stunden reduziert. Was waren die „Kosten“ dieser rastlosen Tätigkeit? Zunächst litt Kaufmann-Bühler regelmäßig an Rückfällen seiner Magen-Darm-Erkrankung, ja er trieb Raubbau mit seiner angegriffenen Gesundheit. Familie und Kinder überließ er weitgehend der Sorge seiner Frau. Sein Sohn Werner schreibt:

„Nach der Befreiung hat Elisabeth Schoenflies ihr weiteres Leben dem Dienst an der Familie untergeordnet, wobei sie ihre schwere gesundheitliche Behinderung, die sich durch die Deportation verschlimmert hatte, beharrlich ignorierte. ... Sie hat eine eigene Berufstätigkeit nicht angestrebt und hielt sich unterstützend im Hintergrund.“⁶¹

Die große Belastung Kaufmann-Bühlers machte sich auch im beruflichen Bereich bemerkbar. Der Direktor des Kurfürst-Friedrich-Gymnasiums Josef Schneble (1891–1958) schrieb in seinem sonst sehr positiv gehaltenen Dienstzeugnis vom 25. Juni 1947:

„Verhalten außerhalb des Dienstes: Stark politisch tätig. Stadtrat und Landtagsabgeordneter. Gesundheitszustand: Von guter Gesundheit, aber infolge übermäßiger außerdienstlicher Beanspruchung gesundheitlich gefährdet.“⁶²

Der warnende Unterton ist unüberhörbar.

Der Politiker Erich Kaufmann-Bühler: Grundzüge seines politischen Denkens

Für dieses Kapitel wurden programmatische Essays in der CDU-Halbmonatsschrift „Südwestdeutsche Union“, Grundsatzreden, Wahlauftrufe und Berichte in der Lokalpresse sowie Redebeiträge im Landtag und im Stadtrat aus den Jahren 1946–1949 ausgewertet. Kaufmann-Bühler identifiziert sich mit den programmatischen Grundwerten der frühen Heidelberger und nordbadischen CDU: Christentum, Demokratie, Sozialismus. Im Zentrum des politischen Neubeginns steht für ihn das christliche Menschenbild.

„An was krankt denn die Politik der Gegenwart? Daran, daß sie nicht mehr um des Menschen willen betrieben wird. Rasse und Klasse, Gold und Öl, totaler Staat und imperiale Wirtschaft stehen im Mittelpunkt der Politik. Der Mensch ist an den Rand gedrängt. Er ist nicht mehr Subjekt, sondern nur noch Objekt der Politik. Die Verachtung des Menschen kann kaum mehr überboten werden. Zu Millionen auf den Schlachtfeldern abgeschlachtet, in den Konzentrationslagern vergast, in Sklaverei verschleppt, von furchtbaren Waffen ständig bedroht: das ist das Schicksal, das eine wahrhaft unmenschliche, eine entmenschte Politik dem Menschen bereitet hat. Wenn es nicht gelingt, die Politik wieder zu vermenschlichen, dann ist alles Gerede von Freiheit und Würde des Menschen leeres Geschwätz. Die Politik lässt sich aber nur dadurch vermenschlichen, daß sie durchgottet wird, d. h. daß die Gedanken Gottes über den Menschen sie bestimmen und leiten. Hier ist der archimedische Punkt, an dem die christliche Weltanschauung anzusetzen hat, um die aus den Fugen gegangene Welt wieder in die Angeln zu heben.“⁶³

Zu dieser – überraschend aktuellen – Zeitanalyse tritt das Bekenntnis zum Humanismus und zu den aus der Aufklärung stammenden Menschenrechten und verbindet

sich zu einem undogmatischen, liberal-bürgerlich geprägten Christentum. Dazu gehört die von ihm auf CDU-Veranstaltungen vielfach beschworene Überkonfessionalität.

„Was noch vor einer Generation nicht möglich war, was trotz vieler Versuche von der einen oder anderen Seite immer wieder scheiterte, ist heute Wirklichkeit geworden. In Deutschlands tiefster Not haben sich Protestanten und Katholiken vertrauend die Hand gereicht und zwar zu einer gewaltigen UNION, die alles umfassen soll, was christlich denkt, fühlt und gewillt ist, sich zu einer politischen Neuordnung zu bekennen. Denn Deutschland kann nur gerettet werden, wenn der künftige demokratische Aufbau sich im Zeichen christlicher Gedanken vollzieht.“⁶⁴

Kritikern, die eine katholische Dominanz innerhalb der CDU befürchten, hält Kaufmann-Bühler entgegen, dass bei der Besetzung von Parteiämtern „das Prinzip einer großzügigen Parität“ herrsche.

Wie entsteht Demokratie? Welches Regelwerk ermöglicht sie? Wie funktioniert Demokratie in der Praxis? Dafür gewinnt er in seinen drei politischen Mandaten unmittelbare Einsicht. Eine vollständig ausgearbeitete Demokratietheorie ist freilich nicht zu erwarten. Freiheitsrechte, Rechtsstaat, Wahlen, Parlamentarismus und Selbstverwaltung sind für ihn unverzichtbar.

Diese „Formelemente der Demokratie machen aber weder ihr Wesen aus, noch verbürgen sie ihren Bestand. Um eine lebenskräftige Demokratie in Deutschland zu entwickeln, ist eine Gesinnungsgrundlage notwendig. Diese kann nicht einfach ‚anerzogen‘, oder aus fremden Beispielen abgeleitet werden. Demokratie in ihrer vornehmsten Gestalt ist ... ein Bereitsein aus sachlichem Pflichtgefühl uneigennützig zu handeln, das eigene Interesse gegenüber dem höheren Gesichtspunkt zurückzustellen und für ein erkanntes Ideal als politische Persönlichkeit offen einzutreten.“⁶⁵

„Ein wahrhaft freiheitlicher Geist und politisches Verantwortungsgefühl“, die der Bevölkerung und den Politikern der Weimarer Republik größtenteils gefehlt hätten, müssten auf der Grundlage christlicher Werte aufgebaut werden. Vor allem sei der Einfluss der Parteien zu begrenzen – mehrfach beschwört Kaufmann-Bühler das Gespenst einer Parteienherrschaft. Ansätze zu einer Politik der „Partei-Arithmetik“ erkennt er bei der Regierungsbildung für Württemberg-Baden am Jahresende 1946 und warnt davor, „dass die ‚Routiniers‘ der Politik [wie Reinhold Maier, Theodor Heuss und Heinrich Köhler; R.R.] nicht der Gefahr erliegen, in das ausgefahrene Gleis jener Demokratie einzubiegen, die 1933 nicht ohne Schuld zusammenbrach“.⁶⁶ Den Verfassungsentwurf vom November 1946 beurteilt er als „eine wohl abgewogene, entwicklungsfähige Konstitution“, der die CDU als stärkste Fraktion in wichtigen Fragen ihren Stempel aufgedrückt habe. In der Volksabstimmung vom 24. November 1946 empfahlen alle Parteien die Annahme der Verfassung. Dagegen kritisierte das „Heidelberger Aktionskomitee“ das darin vorgesehene Verhältnis- und Listensystem, weil die Bevölkerung keinen Einfluss auf die Kandidatenauswahl habe, und rief dazu auf, die Verfassung abzulehnen – mit dem Ergebnis einer überdurchschnittlich hohen Quote von Nein-Stimmen (28,3%) in Heidelberg.⁶⁷

Aufbau der Demokratie nach 1945 – das bedeutet für Kaufmann-Bühler vor allem „Erziehung zur Demokratie“, d.h. die Distanz zur Politik, wie sie nach dem Ende des NS-Systems und seiner ideologischen Indoktrination weit verbreitet war, zu überwinden, das Mitdenken und Mithandeln zu fördern.

„Wir müssen uns darüber klar werden, daß wir niemals eine Besserung erreichen, in dem wir uns gegenseitig anklagen oder unser Schicksal beweinen. Die erste Voraussetzung des Aufbaus ist politische Aktivität.“⁶⁸

Dazu gehören die Beteiligung an Wahlen, die Mitarbeit in den Parteien und Selbstverwaltungsgremien, aber vor allem staatsbürgerliches Grundwissen. Dieses muss insbesondere der durch die NS-Ideologie geprägten Jugend vermittelt werden. So veranstaltete Kaufmann-Bühler im November 1946 kurz vor dem Verfassungsreferendum zusammen mit KFG-Direktor Schneble im „Raum der Jugend“ im Neuenheimer „Schwarzen Schiff“ für alle Heidelberger Oberstufen-Schüler ein Forum zur staatsbürgerlichen Bildung. Nach seinem Vortrag über den Aufbau und die Entstehung einer Verfassung hatten die Schüler die Möglichkeit zu Fragen und Diskussion. In dem neu eingerichteten Fach „Staatsbürgerkunde“ sollten – so Kaufmann-Bühler – demokratische Verhaltensweisen praktisch eingeübt werden.⁶⁹ Als das neue Kommunalwahlsystem mit der Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens im Vorfeld der Wahl bei der Bevölkerung auf Unverständnis stieß, forderte er im Stadtrat, die Bürger durch die städtische Pressestelle und die Tagespresse zu informieren und die Stimmzettel frühzeitig zuzustellen. Außerdem verfasste er einen kleinen Sketch zu diesem Thema, der von Schülern im „Schwarzen Schiff“ aufgeführt wurde.⁷⁰

Aufgrund seiner Überzeugung von Christentum und Demokratie sowie seiner Erfahrung mit einer Diktatur lehnt Kaufmann-Bühler Ideologie und System des Kommunismus entschieden ab. „Wo die rote Fahne weht, geht die Freiheit unter“, soll er in einer öffentlichen CDU-Veranstaltung die Entwicklung in der SBZ kommentiert haben. Deswegen wurde er von Rudolf Agricola (1900–1985), KPD-Politiker und neben Theodor Heuss und Hermann Knorr (1897–1976; SPD) Lizenzträger der RNZ, scharf angegriffen.⁷¹ In seiner antikommunistischen Haltung fühlt sich Kaufmann-Bühler durch die Sowjetisierung Osteuropas und die Berlin-Blockade bestätigt. In einer Zeit, in der an eine eigenständige deutsche Außenpolitik nicht zu denken ist, kann man von ihm, einem Verehrer der Außenpolitik Bismarcks und Stresemanns, keine konkrete Analyse erwarten. In Wahlaufufen begnügt er sich mit dem vagen Bekenntnis zu einer Friedenspolitik. Die Gefahr der deutschen Teilung wird kaum thematisiert. Die Lösung der deutschen Frage und die politische Neuordnung Europas betrachtet er eher unter dem Blickwinkel der wirtschaftlichen Erholung Deutschlands.⁷²

Zur Beschreibung einer neuen Wirtschaftsordnung verwendet Kaufmann-Bühler in den Jahren 1946/47 die Formel des „christlichen Sozialismus“ als Mittelweg zwischen Individualismus und Kollektivismus. Schaffung von Arbeitsplätzen, Fürsorge für die sozial Benachteiligten, Überwindung der Klassenschranken, Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer, Schutz und Sozialpflichtigkeit des Eigentums, Enteignung im Interesse der Gemeinschaft gegen Entschädigung.⁷³ Diese Grundsätze decken sich freilich eher mit dem Sozialstaatsprinzip des späteren Grundgesetzes als mit einem sozialistischen Wirtschaftssystem. Angesichts der allgemeinen Not hält Kaufmann-Bühler 1947 in Abgrenzung zu den Liberalen eine staatliche Wirtschaftsplanung vorläufig für unverzichtbar; die damals herrschende, wenig effektive Zwangsbewirtschaftung oder gar eine streng geregelte Planwirtschaft lehnt er jedoch ab. Für einen Wirtschaftsauf-

schwung – so seine Analyse vom Mai 1947 im Sinne des Primats der Politik – ist vor allem ein politischer Wandel nötig.

Ohne ihn „drohen sogar die unter äußerster Anstrengung bisher getätigten Ansätze zu einem Wiederaufbau und zu einer Konsolidierung in der Stagnation und Ungewißheit zu verkümmern.... Die deutschen Stellen besitzen ja von sich aus nicht die Macht, die notwendige politische Änderung herbeizuführen; sie kann allein aus Einsicht und Willen der Alliierten hervorgehen.“⁷⁴

Unter dem Eindruck der Währungsreform befürwortet er ein Jahr später eine allmähliche Öffnung der Märkte, ohne die damit verbundenen Gefahren für die Arbeitsplätze, die Preisstabilität und den allgemeinen Lebensstandard zu verschweigen. Die von Friederike Reutter geprägte Formulierung, Kaufmann-Bühler sei „der wohl prominenteste Vertreter des christlichen Sozialismus in Heidelberg“ gewesen, lässt sich nach Auswertung der Quellen nicht aufrechterhalten.⁷⁵ Wirtschafts- und Sozialpolitik heißt für ihn vor allem, sich um die konkreten Sorgen und Nöte der Menschen zu kümmern. Die wichtigsten Themen wurden im Zusammenhang mit seiner Mandatsausübung schon genannt. Sehr deutlich wird dieser Politikansatz im Wahlkampf für den neuen Gemeinderat im Dezember 1947. Unter dem Motto „Schlagt die Brücke von Alt-Heidelberg zu Neu-Heidelberg“ nimmt er die Probleme der Einwohner angesichts des Bevölkerungsanstiegs von 85 000 auf 115 000 auf und ruft Alt- und Neubürger dazu auf, gemeinsam an der Überwindung der gewaltigen Schwierigkeiten zu arbeiten.⁷⁶

Die bildungspolitischen Ziele lassen sich aus den oben genannten Grundwerten ableiten. In der Verfassungsgebenden Versammlung plädiert Kaufmann-Bühler für die „christliche Gemeinschaftsschule“, die mit den Stimmen der CDU und DVP in die Verfassung aufgenommen wurde. Universitäten und Hochschulen sollen Selbstverwaltung genießen und ihre Berufungsverfahren ohne Mitsprache des Landtages durchführen. Stipendienvergabe und Rücksichtnahme auf Werksstudenten sollen die schlimmste materielle Not der Studierenden lindern. Die Pläne des CDU-geführten Kultusministeriums, die gemeinsame Grundschulzeit auf sechs Jahre zu verlängern, lehnt er – wie seine Gymnasialkollegen – ab. Viel wichtiger als solche organisatorischen Veränderungen erscheinen ihm andere grundlegende Reformen („Und dennoch Schulreform!“). Die Einführung der Schulgeld- und Lernmittelfreiheit sowie der Begabtenförderung könnte mehr soziale Gerechtigkeit im Bildungssystem schaffen („Demokratisierung des Schulwesens“). Die innere Schulreform sollte sich auf die Bildungsziele und Unterrichtsmethoden richten, Traditionen kritisch überprüfen und neue ethische und staatsbürgerliche Werte im Unterricht vermitteln („Wandlung von der Wissensschule hin zur Erziehungsschule“) – mit dem Ziel, eine Katastrophe wie 1933 zu verhindern.⁷⁷

Heftig umstritten und viel diskutiert wurden in den ersten Nachkriegsjahren die Grundsätze und die Durchführung der von den Besatzungsmächten verordneten Entnazifizierung. Kaufmann-Bühler, Opfer der NS-Diktatur, verlangt Gerechtigkeit und Einzelfallbetrachtung, lehnt pauschale Lösungen ab.

„Das Entnazifizierungsgesetz ... wendet ... ein durchaus richtiges Prinzip an, indem es das Schwergewicht der Entlastung auf das Moment des Widerstandes legt. Wer dagegen – und das sind heute sehr viele – bis 1933 sich als Anhänger der Demokratie gebärdete, dann aber aus jener ‚Vernunft‘, die immer Entschuldigungen hat, um sich dem Druck oder auch nur der

Konjunktur zu fügen, vor dem Nationalsozialismus kapitulierte, 1945 aber wieder reuig zu der verlassenen Jugendliebe der politischen oder christlichen Freiheit heimgefunden hat, ist jetzt kaum berufen, Hüter demokratischer Ideale zu sein.“⁷⁸

Als Stadtrat steht er vor konkreten Personalentscheidungen und formuliert am 4. Juli 1946 eine – von seinen Fraktionskollegen abweichende – eindeutige Position: Ehemalige Parteimitglieder sind für städtische Führungsämter nicht geeignet; wieder eingestellte Kräfte sollten regelmäßig überprüft und dem Personalausschuss darüber berichtet werden. Der Stadtratsbeschluss bleibt dahinter zurück: Über die Einstellung von „Mitläufern“ solle im Einzelfall entschieden werden, für Führungspositionen durch den Stadtrat und für andere Stellen durch den Personalausschuss. Einen Monat später beklagt Kaufmann-Bühler die Unzulänglichkeiten der Entnazifizierung, die später als „Mitläuferfabrik“ (Lutz Niethammer) bewertet wurde:

„Man sieht schon ungefähr, wie das Denazifizierungsverfahren verläuft. Ohne Zweifel ist man mit der Zubilligung ‚Mitläufer‘ sehr freimütig. Ohne Zweifel kommen in diese Gruppe Leute, die das ohne weiteres verdienen, aber auch solche, bei denen man zunächst ein Fragezeichen dahintersetzen möchte.“⁷⁹

Hass auf NS-Belastete oder Mitläufer hat Kaufmann-Bühler offensichtlich nicht empfunden. Mehrfach stellte er „Persilscheine“ zur Vorlage bei Entnazifizierungsverfahren aus, u.a. an den Hausarzt Dr. Hack. Carl Neinhaus (1888–1965), der 1945 als OB entlassen und dann als „Mitläufer“ entnazifiziert worden war, könnte er ähnlich beurteilt haben wie Karl Jaspers; für diesen war Neinhaus „ein typischer Mitläufer und ein unbedeutender Charakter, aber ein tüchtiger Bürgermeister“.⁸⁰

Beschäftigte im öffentlichen Dienst, die aufgrund ihrer NS-Vergangenheit entlassen und nicht wieder eingestellt wurden, sollten nicht das volle Ruhegehalt erhalten; dies verlangten der Grundsatz der Gerechtigkeit und die Rücksicht auf die begrenzten Finanzmittel. Für diese Regelung tritt Kaufmann-Bühler nicht nur im Stadtrat, sondern auch im Landtag ein, wo der entsprechende Antrag aber keine Mehrheit findet.⁸¹ Einige Debattenbeiträge aus dem Gemeinderat beleuchten seine differenzierte Haltung recht gut. Im August 1946 moniert er, dass zu wenige „Pg-Wohnungen“, in denen ehemalige NSDAP-Mitglieder lebten, zur Unterbringung von wohnungssuchenden Familien herangezogen würden; andererseits lehnt er im April 1948 einen Zuzugstop für alle Mitläufer ab, weil dies eine zusätzliche Bestrafung zur Entnazifizierung bedeute und dem Rechtsstaatsprinzip widerspreche.⁸²

In der Debatte darüber, ob am Standort der zerstörten Synagoge in der Großen Mantelgasse ein Gedenkstein mit Inschrift errichtet werden solle, begründet er im Mai 1948 seine Ablehnung überraschend pragmatisch:

„... da es beschämend sein würde, wenn, wie an anderer Stelle bereits geschehen, auch dieser Gedenkstein wieder beschädigt werden würde. Im übrigen könne man sich des Gefühls nicht erwehren, dass man es in Deutschland immer sehr eilig habe, Gedenksteine zu errichten, mit denen an sich wenig geholfen sei.“⁸³

Seinem Vorschlag entsprechend wurde der Gedenkstein bald darauf an sicherer Stelle im jüdischen Teil des Bergfriedhofs aufgestellt.

1947–1949: Beruflicher Karriereschritt zum Schulleiter des Bunsen-Gymnasiums

Zwei Jahre nach seiner Wiedereinstellung machte Kaufmann-Bühler Ende 1947/Anfang 1948 einen bedeutsamen Karriereschritt: Er wurde zum Oberstudiendirektor ernannt und als Schulleiter an die Spitze des neu geschaffenen Realgymnasiums II berufen – ohne sich dafür persönlich beworben zu haben. Auf die Stellenausschreibung hatte sich nämlich nur ein Bewerber, Dr. Richard Dorn (1890–1963), gemeldet, der aber die „falsche“ Konfession – katholisch – hatte. Da die Direktoren zweier staatlicher Höheren Schulen in Heidelberg katholisch waren, suchte die Kultusbehörde einer alten Tradition folgend einen evangelischen Schulleiter und schlug dafür Kaufmann-Bühler vor. Abgesehen von seiner Konfession waren für die Ernennung, die am 31. Oktober 1947 erfolgte, seine fachliche Qualifikation und seine politisch unbelastete Vergangenheit ausschlaggebend.⁸⁴ Dass sein politisches Engagement seit 1945 dabei eher förderlich als hinderlich war, ist anzunehmen.

Die Geschichte des Heidelberger Realgymnasiums im zurückliegenden Jahrzehnt war eine Geschichte von Abspaltung, Zusammenlegung und Neugründung. Schon 1932 waren einige Klassen im Gebäude der Lehrerbildungsanstalt (PH) in der Keplerstraße untergebracht. Dieser Teil wurde 1940 als „Robert-Bunsen-Schule“ von der Schule in der Kettengasse (damals „Philipp-Lenard-Schule“) als eigenständige Oberschule abgetrennt, um vor allem Gymnasiasten aus den nördlichen Stadtteilen aufzunehmen. Nach Kriegsende wurden die beiden Realgymnasien aus organisatorischen und räumlichen Gründen wieder zusammengelegt und im Gebäude in der Kettengasse untergebracht. Als 1947 die Zahl von 1000 Schülern überschritten war, nahm man den Gedanken einer Teil-



Abb. 4: Erich Kaufmann-Bühler bei einem Sportfest des Bunsen-Realgymnasiums 1949 (Foto: privat)

lung wieder auf. Für kurze Zeit schien es möglich, die neue Schule wieder in einem Teil des PH-Gebäudes unterzubringen. Aber die US-Militärregierung beanspruchte diese Räume für die „Dependent School“ und gab im Gegenzug dafür die Neue Universität frei. Das Projekt, die inzwischen auf 35 Klassen und über 1100 Schüler angewachsene Schule wenigstens organisatorisch aufzuteilen, wurde aber weiter verfolgt.

Am 8. Januar 1948 wurden das Realgymnasium I und II ins Leben gerufen; ab 12. Februar erhielten sie durch den Beschluss des Stadtrates die Namen „Helmholtz-Realgymnasium“ und „Bunsen-Realgymnasium“.⁸⁵ Seine Schüler beeindruckte der

neue Schulleiter durch seine natürliche Autorität und sein energisches, manchmal temperamentvolles Auftreten; sein Unterricht war anspruchsvoll, differenziert und alles andere als schematisch. In einer neu eingeführten abendlichen „Elternaussprache“ bot er den Eltern die Möglichkeit, Schulleitung und Kollegium kennen zu lernen sowie aktuelle Fragen des Schullebens zu erörtern.⁸⁶ Der verwaltungsmäßigen Trennung folgte freilich keine räumliche. Weiterhin wurden das Gebäude in der Kettengasse und einige Räume im Seminarium Carolinum (Collegium Academicum) in der Seminarstraße 2 gemeinsam genutzt. Das bedeutete Schichtunterricht für beide Schulen; der Unterricht erfolgte im Wochenwechsel vormittags und nachmittags. Direktion, Sekretariat und Lehrerzimmer des Bunsen-Realgymnasiums sowie einige Oberstufenräume waren im CA-Gebäude untergebracht. Für den neuen Schulleiter, „der die Schule in schwerer Zeit ... mit großem Geschick“ leitete, war die Raumfrage das Hauptproblem. In einem Schreiben an die Stadtverwaltung insistierte er:

„Es muß daher mit aller Entschiedenheit gefordert werden, daß die Stadt so rasch wie möglich für das Bunsen-Realgymnasium ein Schulgebäude in einem Stadtteil jenseits des Neckars beschafft, damit für die Schüler jenes Einzugsgebiets die lange Anfahrt mit der überfüllten Straßenbahn, die weder verkehrstechnisch noch gesundheitlich zu rechtfertigen ist, wegfällt.“⁸⁷

Ähnlich äußerte sich Kaufmann-Bühler im Stadtrat und bat darum, in Neuenheim einen Bauplatz für den zukünftigen Schulneubau bereitzustellen. Eine gewisse Aussicht auf Besserung zeichnete sich ab, als die Kultusbehörde im Mai 1949 die Schulleitung aufforderte, den Bedarf an Schulräumen zu ermitteln und nach Karlsruhe zu berichten, da Staatszuschüsse für den Bau von Schulräumen in Aussicht stünden.⁸⁸

1949: Krisenjahr und Bruch einer Biographie

Nach der Währungsreform und der Gründung der Bundesrepublik blickten viele Deutsche mit etwas mehr Optimismus in die Zukunft als bisher. Für Kaufmann-Bühler jedoch wurde das Jahr 1949 zu einem Jahr der Enttäuschungen, Krisen, ja der persönlichen Katastrophe. Seine Partei war nicht mehr die CDU von 1945/46; in entscheidenden Fragen geriet er in die Minderheitsposition. Nach Kriegsende war die CDU auf politisch Unbelastete und evangelische Christen angewiesen, um neue Wählerschichten zu gewinnen. Seit der Währungsreform stabilisierte sie sich zunehmend und konnte auf die konfessionelle Parität verzichten. Im März 1949 stellte sich der langjährige verdiente (evangelische) 1. Kreisvorsitzende Hermann Hampe „aus beruflichen Gründen“ nicht mehr zur Wiederwahl; sein Nachfolger wurde Prof. Eduard Wahl (1903–1985, Stadtrat seit 1947; katholisch). Von sieben Vorstandsmitgliedern waren jetzt nur zwei protestantisch.⁸⁹ In der Wirtschaftspolitik rückte die Heidelberger CDU endgültig von der christlich-sozialen Ausrichtung ab und schwenkte auf den wirtschaftsliberalen Kurs Ludwig Erhards über. Das Signal dazu hatte Eduard Wahl schon im Juli 1948 nach der Währungsreform auf einer CDU-Kundgebung gegeben.⁹⁰ In der Frage der Wiederherstellung des Landes Baden oder der Vereinigung mit Württemberg zum Südweststaat war die CDU tief gespalten. Kaufmann-Bühler gehörte zum Parteiflügel der überzeugten „Altbadener“. In der zweiten Jahreshälfte 1949 aber gewannen

die Anhänger des Südweststaates in der Partei allmählich die Oberhand. Maßgebliche Mitglieder schlossen sich einer überparteilichen Initiative zur Gründung des Südweststaates an. Auch der Stadtrat, der ein Jahr zuvor eine Stellungnahme abgelehnt hatte, nahm am 20. Oktober in Abwesenheit Kaufmann-Bühlers eine Resolution zugunsten des Südweststaates an, wobei die CDU nicht einheitlich abstimmte.⁹¹ Immer mehr Einfluss in der Heidelberger CDU gewann Eduard Wahl; schon Kreisvorsitzender und Stadtrat, wurde er im Juni 1949 zum CDU-Kandidaten für die erste Bundestagswahl nominiert und am 14. August zum Bundestagsabgeordneten gewählt⁹² – ein Mandat, das Kaufmann-Bühler nach Aussage seines Sohnes Werner auch für sich angestrebt hatte. Obwohl immer noch Stadtrat und Landtagsabgeordneter, rückte er in der CDU eher in eine Außenseiterposition.

Als Schulleiter hatte er mit äußerst schwierigen organisatorischen und räumlichen Problemen zu kämpfen. Die akute Raumnot und Klassengrößen bis zu 50 Schülern forderten dringend zusätzliche Räume. Dieser Wunsch und die gemeinsame Unterbringung von Schulräumen und Studentenwohnheim in einem Gebäude führten zu Spannungen zwischen den beiden Schulleitern einerseits – besonders Kaufmann-Bühler, dessen Direktionszimmer im CA-Gebäude lag, – und der CA-Verwaltung unter Prof. Walther Peter Fuchs andererseits. Im Sommer 1949 spitzte sich der Konflikt zu; Gespräche und Gebäudebegehungen sollten eine Lösung der unhaltbaren Zustände bringen. Am 22. September 1949 war die Raumnot Gegenstand einer Gemeinderatssitzung. Es wurde beschlossen, der Universität den Ausbau des Dachgeschosses für Studentenzimmer anzubieten und im Tausch dafür drei weitere Räume im Erdgeschoss für Schulzwecke zu erhalten.⁹³

Die mehrfache Arbeitsbelastung durch Politik und Beruf, die dauernde Überanstrengung führten Kaufmann-Bühler im Sommer 1949 in eine schwere gesundheitliche Krise, die „nach Aussagen meines Arztes mein Leben in unmittelbare Gefahr gebracht habe“ – so er selbst im Rückblick.⁹⁴ Vorübergehend habe er zwar dem Rat seines Arztes Dr. Hugo Meurer folgen und von seinen beiden politischen Ämtern zurücktreten wollen. Aus Pflichtbewusstsein glaubte er aber, bis zum Jahresende an wichtigen Projekten mitarbeiten zu müssen. So stellte er als Berichterstatter des Ständigen Ausschusses am 13. Oktober im Landtagsplenum den „Gesetzentwurf über die Versorgung der aus politischen Gründen entlassenen Beamten“ vor; die Ausschussmehrheit plädierte dafür, das Ruhegeld für solche Beamte auf 300 DM monatlich zu begrenzen. Diese Verschärfung gegenüber der Regierungsvorlage löste im Landtag und in der Öffentlichkeit eine erregte Diskussion aus und wurde schließlich nicht in das Gesetz übernommen.⁹⁵

An den Schlussberatungen über dieses Gesetz nahm Kaufmann-Bühler nicht mehr teil. Denn er war schwer erkrankt und bat am 22. November 1949 mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand um seine vorzeitige Pensionierung; aus denselben Gründen stellte er sein Stadtratsmandat zur Verfügung und ließ sein Landtagsmandat ruhen.⁹⁶ – So die offizielle Version der Ereignisse. Tatsächlich bot sein unvorsichtiges Verhalten in den Diensträumen den Anlass für Vorwürfe, denen standzuhalten er nicht mehr stark genug war. Die ihm vorgeworfene Handlungsweise war unvereinbar mit

den damals herrschenden Vorstellungen. Um öffentliches Aufsehen und eine langwierige Untersuchung zu vermeiden, schlug ihm die Kultusbehörde vor, selbst die Pensionierung zu beantragen. Ihrerseits werde sie im Gegenzug auf disziplinarische Maßnahmen verzichten, ihn zunächst bis 1. April 1950 beurlauben und dann pensionieren.⁹⁷

Sein Nachfolger in der Leitung des Bunsen-Realgymnasiums war Richard Dorn, der schon zwei Jahre vorher auf der Bewerberliste gestanden hatte und jetzt ohne erneute Ausschreibung ernannt wurde. Nach einer Übergangszeit der kommissarischen Schulleitung trat er sein Amt am 1. Juli 1950 an.⁹⁸ Die Anstrengungen, die Kaufmann-Bühler zur Lösung der Raumfrage unternommen hatte, trugen unter seinem Nachfolger überraschend schnell Früchte. Denn die Aussicht auf einen Zuschuss aus dem staatlichen Schulbau-Förderungsprogramm zwang die Stadtverwaltung zu raschem Handeln. Am 7. Dezember 1950 legte OB Dr. Hugo Swart dem Stadtrat den Plan für einen Neubau im „Neuenheimer Feld“ in einer Kostenhöhe von 1,8 Millionen DM vor. Dieser billigte das Vorhaben – bei aller Kritik am Zeitdruck – einstimmig. In vier Bauabschnitten wurde das Schulhaus errichtet; im September 1952 konnte der erste Gebäudeteil bezogen werden und im Herbst 1955 war das „Realgymnasium im Grünen“ im Neuenheimer Westen fertig gestellt.⁹⁹

Diese erfolgreiche Entwicklung des Bunsen-Gymnasiums erlebte Kaufmann-Bühler nur aus der Distanz. Den Wunsch, nach der Genesung von seinem Magen-Darm-Leiden wieder im Schuldienst Verwendung zu finden, lehnte die Kultusbehörde im Herbst 1951 ab.¹⁰⁰ Nach nur vier Jahren aktiven Dienstes war er von seinem geliebten pädagogischen Beruf ausgeschlossen. Eine besondere Tragik, dass er damit unter ganz anderen politischen Umständen auf eine ähnliche Situation wie im Jahre 1934 zurückgeworfen war. Seine pädagogischen Fähigkeiten setzte er jetzt wieder ein, um Kindern mit Lernschwierigkeiten zu helfen. Auch auf der lokalpolitischen Bühne war er nur noch Zuschauer. Die Entnazifizierungsverfahren waren endgültig abgeschlossen; mancher, dem 1945/46 die politische Betätigung verwehrt war, konnte sich jetzt als „Entlasteter“ oder „Mitläufer“ eingestuft politisch engagieren, mancher gelangte sogar in eine Führungsposition. Das Bundestagsmandat für die CDU gewann 1949 Eduard Wahl; als Landtagsabgeordneter der CDU folgte auf Kaufmann-Bühler 1950 Carl Neinhaus, den die Heidelberger 1952 mit großer Mehrheit zu ihrem Stadtoberhaupt wählten. Könnte es sein, dass manchem Mitbürger Kaufmann-Bühlers unfreiwilliger Rückzug aus dem öffentlichen Leben nicht unwillkommen war, da dieser als Opfer nationalsozialistischer Verfolgung eine ständige unbequeme Mahnung an die eigene Unzulänglichkeit in jener Zeit war?

Kaufmann-Bühlers Gesundheitszustand besserte sich in den 1950er Jahren. In dieser Zeit begann er biographisch-historische Aufzeichnungen zu verfassen, die leider nicht erhalten sind. In zwei Wiedergutmachungsverfahren erlangte er für die Gehaltseinbußen von 1934–1945 eine Entschädigung über 4700 DM. Alle Anträge seiner Frau, als NS-Geschädigte eine Rente zu erhalten, wurden dagegen abgelehnt, da man den direkten Kausalzusammenhang zwischen dem KZ-Aufenthalt und ihren körperlichen Leiden als nicht erwiesen ansah. In den 1960er Jahren verschlechterte sich der Gesundheitszustand Kaufmann-Bühlers durch ein Venenleiden. Seine Frau hat ihn in dieser

Zeit fürsorglich gepflegt und ihm das zurückgegeben, was er ihr in den Jahren der Verfolgung an Hilfe und Solidarität hatte zuteil werden lassen.¹⁰¹

Erich Kaufmann-Bühler starb am 21. September 1967 und wurde auf dem Rohrbacher Friedhof beigesetzt.

„Politik unser Schicksal“

So lautete der Titel des ersten Aufsatzes, den Kaufmann-Bühler im August 1946 in der „Südwestdeutschen Union“ veröffentlichte.¹⁰² „Politik sein Schicksal“ – so könnte das Resümee dieser biographischen Studie sein. Seine Lebenszeit erstreckte sich über die vier politischen Systeme Deutschlands im 20. Jahrhundert. Der Erste Weltkrieg, die Sparpolitik der badischen Regierung, die Machtübernahme Hitlers, die NS-Rassenideologie, die Chance des demokratischen Neubeginns, der Wiederaufbau der Demokratie – alle diese politischen Entwicklungen haben sein Leben entscheidend geprägt. Die Herausforderungen hat er – so konnte gezeigt werden – nicht passiv erduldet, sondern unter Einsatz seiner intellektuellen und körperlichen Fähigkeiten so weit wie nur möglich angenommen und aktiv gestaltet. Bewahrt werden sollte die Erinnerung an das bemerkenswerte Leben eines Heidelberger und Rohrbacher Bürgers.

Anmerkungen

- 1 Eine Führung von Claudia Rink durch das jüdische Rohrbach (vgl. HJG 8, 2003/04, S. 65–87) und der Aufsatz von Frank Moraw über die Deportation 1945 (Heidelberg – Theresienstadt – Heidelberg. Zur letzten Deportation aus Heidelberg im Februar 1945, in HJG 13, 2009, S. 91–122, hier S. 104f.) lenkten die Aufmerksamkeit des Verfassers auf die Lebensgeschichte von Erich Kaufmann-Bühler; vorausgegangen waren eigene Nachforschungen über die Geschichte des Bunsen-Gymnasiums seit 1945. Ingrid und Frank Moraw vermittelten dankenswerterweise den Kontakt zu den beiden Söhnen Dr. Dieter und Dr. Werner Kaufmann-Bühler. Dafür dass diese mir ihre persönlichen Erinnerungen in Briefen und Gesprächen mitteilten, bin ich ihnen zu größtem Dank verpflichtet. Ebenso danke ich Karl-Dietrich Däublin und Prof. Peter Anselm Riedl für ihre Erinnerungsberichte. Die Verantwortung für den Inhalt und die Darstellung liegt selbstverständlich allein beim Verfasser. Wichtigste Quelle für die Untersuchung ist die umfangreiche Personalakte von K.-B. im Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA 467, Zug. 1983/56, Nr. 378; zit. GLA PA). Die sonst wichtige Studie von Friederike Reutter: Heidelberg 1945–1949. Zur politischen Geschichte einer Stadt in der Nachkriegszeit (Buchreihe der Stadt Heidelberg. Bd. V), Heidelberg 1994 bietet auf S. 209, Anm. 30 einen kurzen Lebenslauf von K.-B. Im Laufe der Untersuchungen stellte sich dieser allerdings als fehlerhaft heraus; mangels Quellenangabe lässt sich die Herkunft der Irrtümer nicht ermitteln. Eine Kurzbiographie über Elisabeth und Erich Kaufmann-Bühler, in der schon Ergebnisse der vorliegenden Studie eingearbeitet wurden, enthält das jüngst erschienene Gedenkbuch von Norbert Giovannini, Claudia Rink, Frank Moraw: Erinnern, Bewahren, Gedenken. Die jüdischen Einwohner Heidelbergs und ihre Angehörigen 1933–1945. Biographisches Lexikon mit Texten. Hg. v. Förderkreis Begegnung, Heidelberg 2011, S. 212–214. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern folgender Archive danke ich für ihre Unterstützung und Geduld: Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA), Landeskirchliches Archiv der Evang. Kirche in Baden Karlsruhe (LKAK), RNZ-Archiv Heidelberg, Stadtarchiv Heidelberg (StAH), Universitätsarchiv Heidelberg (UAH) sowie die Archive der Stadtteilvereine Rohrbach (im Heimatmuseum) und Handschuhsheim (in der Tiefburg).
- 2 Amtsgericht Kehl v. 20.10.1920 (in Abschr. als Anl. zu K.-B. an MKU v. 15.9.1933) und Standesamt Baden-Lichtental v. 10.4.1923 (GLA PA). Das Ministerium für Kultus und Unterricht wird durchgehend mit MKU abgekürzt, auch wenn es nach 1933 mit dem Justizministerium

- vereinigt war oder nach 1945 als Abteilung der Landesverwaltung bzw. des Landesbezirks Nordbaden fungierte.
- 3 Reifezeugnis des Gymnasiums Baden-Baden v. 26.7.1917 (in Abschr. GLA PA).
 - 4 Lebenslauf K.-B. vom 12.5.1922 und Angaben aus dem Militärpass in Bezirksamt Heidelberg – Polizeidirektion an MKU v. 7.4.1934.
 - 5 Studentenakte Erich Kaufmann-Bühler 1920/30 (UAH).
 - 6 UAH B-9567.
 - 7 Wilhelm Erich Kaufmann-Bühler: Ulrich von Huttens humanistisch-politische Gedankenwelt. Phil. Diss. MS, Heidelberg 1923. Die Akten der Phil. Fak. über das Promotionsverfahren sind nicht erhalten; die Promotionsurkunde datiert vom 9.1.1923 (UAH H-IV-757/16). Einige Zitate charakterisieren Inhalt und Stil der Dissertation: „Der anerzogene Humanist und der eingewurzelte Ritter bekämpften sich in ihm bis an sein Ende“; er sei „weder ein Vollbringer noch ein Denker der Politik“ (S. 187f.) gewesen. Der „Widerhall eines unerhörten und mächtigen Freiheitspathos, welches seine nationalen und religiösen Forderungen beseelten“ brachten „ihm den Ehrentitel eines ‘accerrimi Germaniae libertatis propugnatoris’ ein, mit dem ihn seine humanistischen Streitgenossen ausgiebig gefeiert haben“ (S. 189).
 - 8 K.-B. in Vorstellung der Spitzenkandidaten der Parteien in Heidelberg Stadt, in RNZ v. 29.6.1946, S. 4; Klaus Schwabe: Hermann Oncken, in Hans-Ulrich Wehler (Hg.): Deutsche Historiker. Bd. II, Göttingen 1971, S. 81–97 (Zit. S. 81). Vgl. Christian Jansen: Professoren und Politik. Politisches Denken und Handeln der Heidelberger Hochschullehrer 1914–1935 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft. Bd. 99), Göttingen 1992, S. 143–188.
 - 9 K.-B. an MKU v. 15.9.1933, Anl. 3: Politische Erklärung. Die akademische Gruppe der DVP strebte „die Vertiefung und Pflege liberaler und sozialer Gedanken auf der Grundlage nationaler Staatsgesinnung“ an (Heidelberger Universitäts-Kalender. Hg. vom Allgemeinen Studenten-Ausschuss der Ruperto-Carola. 46. Ausg. SS 1920, Heidelberg 1920, S. 41). Vgl. Norbert Giovannini: Zwischen Republik und Faschismus. Heidelberger Studentinnen und Studenten 1918–1945, Weinheim 1990, S. 60ff. Die Angaben über die politische Laufbahn von K.-B. bis 1933 bei Reutter: Heidelberg (wie Anm. 1), S. 209 widersprechen seinen eigenen Aussagen.
 - 10 Moraw: Heidelberg (wie Anm. 1), S. 104f.; Werner K.-B.: Elisabeth Kaufmann-Bühler. Ein Portrait. MS, 8 S.; Studentenakte Schoenflies 1920/30 (UAH). Elisabeth Schoenflies: „Die Institutionis Principis Christiani“. Ein Fürstenspiegel des Erasmus. Phil. Diss. MS, Frankfurt 1924. Zu Arthur Schoenflies s. NDB Bd. 23, Berlin 2007, S. 412f. Vgl. Giovannini, Rink, Moraw: Erinnern (wie Anm. 1), S. 212–214.
 - 11 Werner K.-B.: Portrait (wie Anm. 10), S. 4. Bei ihrer Immatrikulation am 24. 10. 1921 – Studententakte E. S. (wie Anm. 10) – gab sie „israelitisch“ als Religionsbekenntnis an. Vor ihrer Eheschließung trat sie zur evangelischen Konfession über.
 - 12 Die Angaben über die Wohnungen sind mit den Adressbüchern der Stadt Heidelberg abgeglichen.
 - 13 Beurteilung v. 20.2.1924 (GLA PA). Das Zitat in der Überschrift stammt aus der Jahresbeurteilung durch Klingenstein vom 11.12.1923: Er „zeigt in den pädagog. Besprechungen großen Eifer u. verspricht nach Überwindung anfänglicher Schwierigkeiten, ein tüchtiger Lehrer zu werden“ (ebd.).
 - 14 MKU an Tullagymnasium Mannheim v. 2.5.1930: „Das Deputat des Genannten ist so einzurichten, daß er jederzeit abgerufen werden kann“. In seinen Schreiben von 1927–1930 führte K.-B. die vergebliche Suche nach einer preisgünstigen großen Wohnung in Mannheim an, dann die Geburt des ersten Kindes, eine eigene Erkrankung, schließlich auch die Unsicherheit, ob er weiter in Mannheim beschäftigt bleibe (GLA PA). Zur Mitgliedschaft in der „Cimbria“: Fragebogen der US-Militärregierung v. 6.12.1945 (ebd.) und Brief von Werner K.-B. v. 11.5.2011. Vgl. Giovannini: Republik (wie Anm. 9), S. 90.
 - 15 Lebenslauf K.-B. (undat., 1945; GLA PA); K.-B. in Spitzenkandidaten (wie Anm. 8), S. 4.
 - 16 Reichsgesetzblatt (RGBl) Jg. 1933, T.1, S. 175, § 3 und S. 195 (1. VO zur Durchführung des GWBB); Kraker an MKU v. 18.9.1933 (GLA PA).
 - 17 K.-B. an MKU v. 15.9.1933, Beilage 3 (GLA PA).
 - 18 Reichsbürgergesetz v. 15.9.1935, in RGBl Jg. 1935, T.1, S. 1146 und 1. VO zum Reichsbürgergesetz v. 14.11.1935, ebd. S. 1333f.
 - 19 Katja Schrecke: Zwischen Heimerde und Reichsdienst. Otto Wacker, Badischer Minister des Kultus, des Unterrichts und der Justiz, in Michael Kißener, Joachim Scholtzseck (Hgg.): Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg (Karlsruher Beiträge

- zur Geschichte des Nationalsozialismus. Bd. 2), Konstanz 1997, S. 705–732, bes. S. 711f.; Alexander Mohr: „Ein gebildet sein wollender Mensch“. Herbert Kraft, Präsident des Badischen Landtags, ebd. S. 311–332, bes. S. 316f., 328; Hans-Georg Merz: Beamtentum und Beamtenpolitik in Baden. Studien zu ihrer Geschichte vom Großherzogtum in die Anfangsjahre des nationalsozialistischen Herrschaftssystems (Forschungen zur Oberrheinischen Landesgeschichte. Bd. 32), Freiburg, München 1985, S. 304; Karl Albert Müller: Das Karl-Friedrich-Gymnasium in Mannheim 1933–1945. Eine deutsche Schule im Dritten Reich, Heidelberg 1988, S. 40.
- 20 Aktenvermerk Kraft v. 11.12.1933 (GLA PA). In derselben Sitzung wurde die Entlassung eines Mannheimer Kollegen Dr. Siegfried Rothschild, nichtarisch und apl. Beamter, entschieden (Hans-Joachim Fliedner: Die Judenverfolgung in Mannheim 1933–1945. Bd. 2: Dokumente (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Mannheim. Bd. 2), Stuttgart u.a. 1971, S. 123, Dok. Nr. 60a). Beamtengesetz, in Badisches Gesetz- und Verordnungsblatt Jg. 1931, S. 93–128, hier S. 94, § 4, Abs. 3.
- 21 K.-B. an MKU v. 19.12.1933 (GLA PA).
- 22 MKU an K.-B. und an die Direktion des Gymnasiums Mannheim v. 6.1.1934 (GLA PA).
- 23 Emma Schoenflies an MKU v. 4.1.1934 (GLA PA).
- 24 K.-B. an Ev. Oberkirchenrat v. 14.2.1934 (Personalakte K.-B. im LKAK 2.o. Nr. 3189); Kühlewein an MKU v. 21.2.1934 (ebd. und GLA PA).
- 25 Gesprächsprotokoll Oberregierungsrat Dr. Mayer mit K.-B. am 28.3.1934 und K.-B. an MKU v. 1.4.1934 (GLA PA).
- 26 Aktenvermerk v. 20.4.1934 (GLA PA). Zu Heinrich Reinle, seit 1937 Oberlandesgerichtspräsident s. Michael Kißener: Zwischen Diktatur und Demokratie. Badische Richter 1919–1952 (Karlsruher Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus. Bd. 7), Konstanz 2003, S. 148.
- 27 MKU an Reichsinnenministerium v. 20.4.1934; Antwort v. 6.6.1934 (GLA PA).
- 28 MKU an Wagner v. 12.9.1935 (GLA 235/42918), zit. nach Schrecke: Wacker (wie Anm. 19), S. 714.
- 29 MKU an K.-B. v. 26.2.1934 (GLA PA).
- 30 Z. B. Polizeidirektion Heidelberg an MKU vom 7.2.1934, 3.3.1937 und 24.3.1938 (GLA PA); Brief von Dieter K.-B. v. 28.4.2011.
- 31 Unterlagen dazu in Personalakte K.-B. im LKAK. Vgl. Udo Wennemuth: Die badische Kirchenleitung im Dritten Reich, in ders., Eckhart Marggraf, Jörg Thierfelder (Hgg.): Unterdrückung – Anpassung – Bekenntnis. Die Evangelische Kirche in Baden im Dritten Reich und in der Nachkriegszeit (Veröffentlichungen des Vereins für Kirchengeschichte in der Evangelischen Landeskirche in Baden. Bd. 63), Karlsruhe 2009, S. 35–65, hier S. 41–47.
- 32 Aktenvermerk Doerr v. 12.11.1937 (LKAK PA).
- 33 Lang an Bender v. 30. 11. 1938 (LKAK PA). Dort auch der vorangehende Briefwechsel ab 31. 5. 1938. Vgl. Wennemuth: Kirchenleitung (wie Anm. 31), S. 58–62; Johannes Frisch: Einsetzung und Wirken der Finanzabteilung in Baden 1938–1945, in Wennemuth, Marggraf, Thierfelder (Hgg.): Unterdrückung (wie Anm. 31), S. 67–81.
- 34 Bender an K.-B. v. 22.12.1938 (LKAK PA und in Abschr. GLA PA als Anl. 1945).
- 35 Heinrich Neu: Pfarrerbuch der evangelischen Kirche Badens von der Reformation bis zur Gegenwart (Veröffentlichungen des Vereins für Kirchengeschichte in der evang. Landeskirche Badens XIII). 2 Bde. Lahr/Baden 1938/39; Zit. Bd. 2, S. 5.
- 36 Lebenslauf K.-B. (wie Anm. 15); Gespräch mit Werner K.-B. am 8.9.2010; Brief von Dieter K.-B. v. 11.9.2010.
- 37 Victor Klemperer: Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933–1945. Zwei Bde. Berlin 1995 und Karl Jaspers: Schicksal und Wille. Autobiographische Schriften. Hg. v. Hans Saner, München 1967; vgl. Moraw: Heidelberg (wie Anm. 1), S. 93–98.
- 38 Lebenslauf K.-B. (wie Anm. 15); Erlass des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung v. 15. 11. 1938, abgedr. in Paul Sauer (Hg.): Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime 1933–1945. Bd. 1, Stuttgart 1960, S. 259f., Nr. 222. Speziell zu Heidelberg Arno Weckbecker: Die Judenverfolgung in Heidelberg 1933–1945, Heidelberg 1985, S. 84f. und Frank Moraw: Zwischen Anpassung und Selbstbehauptung: Das Gymnasium in der nationalsozialistischen Diktatur, in Pädagogium – Lyceum – Gymnasium. 450 Jahre Kurfürst-Friedrich-Gymnasium zu Heidelberg (Buchreihe der Stadt Heidelberg. Bd. 7), Heidelberg 1996, S. 341 (ohne Namensnennung der Söhne Ernst und Dieter K.-B.).

- 39 Moraw: Heidelberg (wie Anm. 1), S. 104; Schreiben Heydrich an Auswärtiges Amt v. 29. 10. 1940, abgedr. in Sauer: Dokumente (wie Anm. 38). Bd. 2, S. 241, Nr. 440. Grundlegend dazu Beate Meyer: „Jüdische Mischlinge“. Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933–1945 (Studien zur jüdischen Geschichte. Bd. 6), Hamburg 2002, bes. S. 29–33, 96–104.
- 40 Wehrmeldeamt v. 20. 10. 1940 (GLA PA). In seinem Lebenslauf von 1945 (ebd.) berichtet K.-B., das „Verfahren durch die Abwehr wegen angeblicher Parteinahme für die holländische Widerstandsbewegung bei einer Kundgebung im Haag für Prinz Bernhard“ habe mit Freispruch geendet. Dies widerlegt die Behauptung von Reutter: Heidelberg (wie Anm. 1), S. 209, Anm. 30, er sei wegen Fraternisierung mit den Niederländern entlassen worden.
- 41 Briefwechsel Finanz- und Wirtschaftsministerium und K.-B. aus den Jahren 1940–1942 (GLA PA).
- 42 Dazu Moraw: Heidelberg (wie Anm. 1), S. 104f.; Erlass des Reichssicherheitshauptamtes v. 19.1.1945, abgedr. in Sauer: Dokumente (wie Anm. 38), Bd. 2, S. 382f., Nr. 550.
- 43 Werner Keller u. a. (Hgg.): Redet mit Jerusalem freundlich. Zeugnisse von und über Hermann Maas, Karlsruhe 1986, bes. S. 59–75; Angela Borgstedt: „... zu dem Volk Israel in einer geheimnisvollen Weise hingezogen.“ Der Einsatz von Hermann Maas und Gertrud Luckner für verfolgte Juden, in Michael Kißener (Hg.): Widerstand gegen die Judenverfolgung (Portraits des Widerstands. Bd. 5), Konstanz 1996, S. 227–259.
- 44 Marie Baum: Vergessene und Unvergessene aus der Stadt Heidelberg, in Hermann Maas, Gustav Radbruch, Lambert Schneider (Hgg.): Den Unvergessenen. Opfer des Wahns 1933 bis 1945, Heidelberg 1952, S. 98–104. „Da uns alle Unterlagen – Kartothek, Korrespondenz, Aufzeichnungen und dgl. – bei Haussuchungen gestohlen worden sind, muß ich mich auf mein Gedächtnis verlassen, dem sich die Erinnerungen aber auch unvergesslich fest eingeprägt haben.“ Dabei erwähnt Marie Baum ohne Namensnennung die Deportation von Elisabeth Kaufmann-Bühler, Mutter eines wenige Monate alten Kindes (ebd. S. 100). Zu Marie Baum u. a. Petra Schaffrodt: Marie Baum. Ein Leben in sozialer Verantwortung. Ausstellungskatalog (Schriften von Archiv und Museum der Universität Heidelberg. 4), Ubstadt-Weiher 2000. Zu Arthur Strauß s. Frank Moraw: Die nationalsozialistische Diktatur (1933–1945), in Andreas Cser u. a.: Geschichte der Juden in Heidelberg (Buchreihe der Stadt Heidelberg. Bd. 6), Heidelberg 1996, S. 541f. Zu Marie Clauss jetzt Renate Marzolf: Die Enkelin des Philosophen. Zur Familien- und Lebensgeschichte der Heidelberger Ärztin Marie Clauss (1882–1963), in HJG 14, 2010, S. 47–73, hier S. 66–68.
- 45 „Prof. Hirsch starb am 7. III. 1935 im Vincentiushaus Heidelberg, zuletzt betreut von L.-Ass. Kaufmann-Bühler.“ So der hs. Nachtrag zur Vita von Hirsch, in Wolf Uebel (Hg.): Das „Goldene Buch“ des KFG. Autobiographien Heidelberger Pädagogen (1812–1939), (Schriftenreihe des Stadtarchiv Heidelberg. H. 5), Heidelberg 1994, S. 140; vgl. Pädagogium (wie Anm. 38), S. 277f.
- 46 K.-B. in Spitzenkandidaten (wie Anm. 8), S. 4; Werner K.-B.: Portrait (wie Anm. 10), S. 6f.; Gespräch mit Werner K.-B. am 8.9.2010. Die Angaben über Otto Däublin nach einem Gespräch mit seinem Sohn Karl-Dietrich Däublin am 22.2.2011.
- 47 Gespräch mit Werner K.-B. am 8.9.2010; Briefe von Dieter K.-B. v. 28.12.2010 und v. 28.4.2011; Brief von Werner K.-B. v. 9.2.2011. Werner interessierte sich sehr für die Elektrotechnik in der Werkstatt, durfte natürlich nicht Radio hören. Dieter begleitete seinen Vater manchmal in den Garten von Metzger.
- 48 Briefwechsel MKU mit dem Präsidenten der Landesverwaltung Baden Heinrich Köhler v. 2.3.1946 (Zitat) und 12.3.1946; Fragebögen der US-Militärregierung v. 5.9. und 6.12.1945; Beschluss der US-Behörde v. 27.12.1945 und der Spruchkammer Heidelberg v. 15.8.1946 (GLA PA).
- 49 K.-B. an Präsident der Landesverwaltung v. 24.2.1946 (In Abschr.) und Gesuch K.-B. an MKU v. 4.1.1947 (GLA PA).
- 50 Lebenslauf K.-B. (wie Anm. 15).
- 51 RNZ v. 10.11.1945, S. 3. Zur Gründung und Frühgeschichte der CSU (seit Anfang 1946 CDU) in Heidelberg Hans Georg Wiek: Christliche und Freie Demokraten in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg 1945/1946 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Bd. 10), Düsseldorf 1958, S. 128–130; Gerd Hepp: Die CDU im Landesbezirk Nordbaden, in Paul-Ludwig Weinacht (Hg.): Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs. Bd. 2.) Stuttgart u. a. 1978, S. 113–115, hier S. 117–119; Reutter: Heidelberg (wie Anm. 1), S. 203ff.

- 52 Wieck: Demokraten (wie Anm. 51), S. 129f.; Hepp: CDU (wie Anm. 51), S. 118f.; Reutter: Heidelberg (wie Anm. 1), S. 205–207.
- 53 RNZ v. 13.2.1946, S. 4. Der Vorstand bestand aus acht Katholiken und fünf Protestanten (Wieck: Demokraten (wie Anm. 51), S. 133).
- 54 RNZ v. 24.9.1946, S. 3.
- 55 So auf der Bezirkskonferenz der CDU im Juni 1947 (RNZ v. 28.6.1947, S. 3). Die Aufstellung über die Vorstandsmitglieder bei Reutter: Heidelberg (wie Anm. 1), S. 328, Tab. 22 ist für 1946–1948 unvollständig.
- 56 RNZ v. 28.5.1946, S. 3; Reutter: Heidelberg (wie Anm. 1), S. 62, 69.
- 57 RNZ v. 16.12.1947, S. 2; Reutter: Heidelberg (wie Anm. 1), S. 257–259.
- 58 Reutter: Heidelberg (wie Anm. 1), S. 212. Das Wahlergebnis in RNZ v. 26.11.1946, S. 3 und 3.12.1946, S. 3.
- 59 Verhandlungen des Württembergisch-Badischen Landtages. 1946–1950. Sprechregister 1.–100. Sitzung, Karlsruhe 1950, S. 27.
- 60 Hepp: CDU (wie Anm. 51), S. 122f., 352; Reutter: Heidelberg (wie Anm. 1), S. 213–215, 328. Zur „Aktionsgruppe“ Katharina Hausmann: „Die Chance, Bürger zu werden“. Deutsche Politik unter amerikanischer Besatzung: Die „Heidelberger Aktionsgruppe“ 1946–47 (Schriftenreihe des Stadtarchivs Heidelberg. H. 8), Heidelberg 2006, hier S. 30, 58f. und Birgit Pape: Kultureller Neubeginn in Heidelberg und Mannheim 1945–1949, Heidelberg 2000, S. 313–322.
- 61 Werner K.-B.: Portrait (wie Anm. 10), S. 5; zit. bei Moraw: Heidelberg (wie Anm. 1), S. 105.
- 62 Dienstzeugnis K.-B. v. 25.6.1947 (GLA PA).
- 63 K.-B.: Politik unser Schicksal, in Südwestdeutsche Union. Halbmonatsschrift der Christlich-Demokratischen Union Badens. Jg. 1, 1946, Nr. 1/2 v. August 1946, S. 3.
- 64 K.-B. auf dem Parteitag der CDU in RNZ v. 13.2.1946, S. 4; vgl. K.-B.: Nicht Fusion – sondern Union, in Südwestdeutsche Union. Jg. 1, 1946, Nr. 3/4 v. September 1946, S. 2f.
- 65 K.-B.: Die Grundsätze der CDU und die Bedeutung der Landtagswahl, in RNZ v. 22.6.1946, S. 4.
- 66 K.-B.: Das neue Kabinett, in Südwestdeutsche Union. Jg. 2, 1947, Nr. 1 v. 10.1.1947, S. 3; vgl. K.-B.: Grundsätze (wie Anm. 65), S. 4.
- 67 K.-B. auf einer Großkundgebung der CDU, in RNZ v. 12.11.1946, S. 4 und K.-B. in Parteien über die Verfassung, in RNZ v. 16.11.1946, S. 3. Zur Haltung der „Aktionsgruppe“ Reutter: Heidelberg (wie Anm. 1), S. 255–257; Hausmann: Bürger (wie Anm. 60), S. 30–32; Pape: Neubeginn (wie Anm. 60), S. 313f.
- 68 K.-B.: Politik unser Schicksal (wie Anm. 63), S. 2; K.-B. in Parteien (wie Anm. 67), S. 3.
- 69 Schule und Staatsbürgerkunde, in RNZ v. 16.11.1946, S. 5; Verhandlungen des Württ.-Bad. Landtages. Wahlperiode 1946–1950. Protokoll-Bd. 2, Stuttgart 1948, 30. Sitzung v. 19.6.1947, S. 738.
- 70 Stadtratsprotokoll v. 13.11.1947, S. 5 (Stadtratsprotokolle im StAH); Gespräch mit Werner K.-B. am 8.9.2010.
- 71 So die Erinnerung von Dieter K.-B. (Brief v. 11.9.2010), die sich allerdings in der Presse nicht belegen lässt. Zur Gründung und Geschichte der RNZ bis 1949 s. Pape: Neubeginn (wie Anm. 60), S. 102ff.
- 72 K.-B.: Finanzen, Wirtschaft, Nährstand. Kritische Betrachtungen zu drei Ministerreden, in Südwestdeutsche Union. Jg. 2, 1947, Nr. 9 v. 10.5.1947, S. 7.
- 73 K.-B.: Politik unser Schicksal (wie Anm. 63), S. 3f.; K.-B.: Grundsätze (wie Anm. 65), S. 4; K.-B. in RNZ v. 12.11.1946, S. 4.
- 74 K.-B.: Finanzen (wie Anm. 72), S. 5.
- 75 K.-B.: Finanzen (wie Anm. 72), S. 5–7; Stadtratsprotokoll v. 30.9.1948, S. 9; K.-B. in HT v. 28.7.1949, S. 3 und RNZ v. 30./31.7.1949, S. 4; Reutter: Heidelberg (wie Anm. 1), S. 212.
- 76 K.-B. in Zur Gemeinderats- und Kreistagswahl, in RNZ v. 2.12.1947, S. 2.
- 77 Paul Sauer (Hg.): Quellen zur Entstehung der Verfassung von Württemberg-Baden. T. 3: September bis Oktober 1946 (Veröffentlichungen zur Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg seit 1945. Bd. 14), Stuttgart 2001, S. 148–151 (6. Sitzung v. 18.9.1946); Bezirkskonferenz der CDU, in RNZ v. 28.6.1947, S. 3; Verhandlungen des Württ.-Bad. Landtages (wie Anm. 69), 84. Sitzung v. 30.7.1948, S. 2034f.; K.-B.: Grundlagen der Schulreform, in Südwestdeutsche Union. Jg. 2, 1947, Nr. 17 v. 10.9.1947, S. 4f.; Gymnasium- und Schulreform, in RNZ v. 27.11.1947, S. 2; Forum über Erziehung und Schulreform, in RNZ v. 22.10.1948, S. 3; K.-B.: Und

- dennoch Schulreform! In RNZ v. 30.10.1948, S. 3; Schulreform – im Amerikahaus, in HT v. 25.5.1949, S. 4 (Zitat).
- 78 K.-B.: Streit um das Ermächtigungsgesetz. Eine kritisch-historische Studie, in Südwestdeutsche Union. Jg. 2, 1947, Nr. 4 v. 25.2.1947, S. 12.
- 79 Stadtratsprotokoll v. 4.7.1946, S. 2–5 und v. 8.8.1946, S. 6 (Zitat); vgl. Reutter: Heidelberg (wie Anm. 1), S. 105–107, 110. Lutz Niethammer: Die Mitläuferfabrik. Entnazifizierung am Beispiel Bayerns, Berlin, Bonn 1982; zusammenfassend jetzt Angela Borgstedt: Die kompromittierte Gesellschaft. Entnazifizierung und Integration, in Peter Reichel, Harald Schmid, Peter Steinbach (Hgg.): Der Nationalsozialismus – Die zweite Geschichte. Überwindung – Deutung – Erinnerung, München 2009, S. 85–104.
- 80 Karl Jaspers: Erfahrung des Ausgestoßenseins, in Der Spiegel. Jg. 1967, Nr. 41, S. 42, zit. nach Moraw: Diktatur (wie Anm. 44), S. 479. Gespräch mit Werner K.-B. am 8.9.2010; Brief von Dieter K.-B. v. 28.12.2010; Brief von Werner K.-B. v. 9.2.2011.
- 81 Verhandlungen des Württ.-Bad. Landtages (wie Anm. 69), Protokoll-Bd. 6, 138. und 141. Sitzung v. 13.10. u. 3.11.1949, S. 3420ff. und 3480ff.
- 82 Stadtratsprotokoll v. 8.8.1946, S. 17 und v. 22.4.1948, S. 5.
- 83 Stadtratsprotokoll v. 28.5.1948, S. 4 (Zitat) und RNZ v. 1.6.1948, S. 3.
- 84 MKU an den Präsidenten des Landesbezirks Baden v. 20.10.1947; MKU an OB Hugo Swart v. 6.1.1947 [richtig: 1948; R.R.]; Ernennungsurkunde K.-B. v. 31.10.1947 (GLA PA).
- 85 StAH AA 292, 10; Stadtratsprotokoll v. 12.2.1948, S. 3 und RNZ v. 10.1. u. 14.2.1948, S. 3. Zur Geschichte beider Schulen auch Gerhard Merkel: Geschichte des Helmholtz-Gymnasiums Heidelberg 1835–1985, in Siegfried Exler (Bearb.): 150 Jahre Helmholtz-Gymnasium Heidelberg 1835–1985. Festschrift, Heidelberg 1985, S. 19–46, hier S. 34–38 und Albert Sipp: Geschichte des Bunsen-Gymnasiums zu Heidelberg 1940–1945, in Karl Kollnig (Hg.): Festschrift des Bunsen-Gymnasiums aus Anlaß der Einweihung des neuen Schulhauses am 28. November 1955, Heidelberg 1955, S. 1–9.
- 86 Die Sicht aus Schülerperspektive vermittelte das Gespräch mit dem Abiturienten des Jahres 1949 Peter Anselm Riedl am 9.3.2011. Bericht über den Elternsprechabend in HT v. 27.5.1949, S. 3.
- 87 Beide Zitate in Sipp: Geschichte (wie Anm. 85), S. 6f.
- 88 Stadtratsprotokoll v. 18.3.1948, S. 2f. und v. 28.7.1949, S. 11; Sipp: Geschichte (wie Anm. 85), S. 8.
- 89 RNZ v. 1.4.1949, S. 4; Reutter: Heidelberg (wie Anm. 1), S. 218 u. 328, Tab. 22.
- 90 RNZ v. 15.7.1948, S. 3; Reutter: Heidelberg (wie Anm. 1), S. 215.
- 91 Hepp: CDU (wie Anm. 51), S. 127, 134; Stadtratsprotokoll v. 8.7.1948, S. 1–4 und 20.10.1949, S. 5; RNZ v. 21.10.1949, S. 3; RNZ v. 22./23.10.1949, S. 5; RNZ v. 17.11.1949, S. 5; RNZ v. 5.12.1949, S. 1.
- 92 RNZ v. 30.6.1949, S. 5; Reutter: Heidelberg (wie Anm. 1), S. 216–219, 259–261.
- 93 Stadtratsprotokoll v. 22.9.1949, S. 6–9. In der Sitzung vertrat Kaufmann-Bühler die Position der Schulen, der Juraprofessor Wolfgang Kunkel die der Universität. Vgl. RNZ v. 28.6.1949, S. 3; RNZ und HT v. 23.9.1949, S. 3. Auch in der Haushaltsdebatte hatte Kaufmann-Bühler die katastrophale Raumsituation des Bunsen-Gymnasiums angeprangert (Stadtratsprotokoll v. 28.7.1949, S. 11f.). Vgl. Waltrud Hoffmann: Das ehemalige Seminarium Carolinum, in Semper apertus. Sechshundert Jahre Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg 1386–1986, Bd. 5, Berlin u. a. 1985, S. 159–177, hier S. 167f.
- 94 K.-B. an MKU v. 31.10.1949, S. 4 (GLA PA).
- 95 Verhandlungen des Württ.-Bad. Landtages (wie Anm. 69), Protokoll-Bd. 6, 1949, 138. Sitzung v. 13.10.1949, S. 3418ff. (K.-B. S. 3420–3424) und 141. Sitzung v. 3.11.1949, S. 3480ff.
- 96 K.-B. an MKU v. 22.11.1949 (GLA PA); Stadtratsprotokoll v. 1.12.1949, S. 2.
- 97 Aktenvermerk des Präsidenten des Landesbezirks Baden v. 23.11.1949 (GLA PA). Die unerfreuliche Affäre, deren Wahrheitsgehalt nicht zweifelsfrei zu rekonstruieren ist, kam durch die Meldung zweier CA-Studenten in Gang, die eine Begegnung Kaufmann-Bühlers mit einer jüngeren Kollegin im Direktionszimmer beobachtet hatten. Angesichts der Spannungen zwischen Schulleitung und CA war es nicht verwunderlich, dass die Meldung von der CA-Leitung und dem Rektorat rasch an das Ministerium weitergeleitet wurde. Für die Pensionierung lieferte die Heidelberger Presse unterschiedliche Versionen: Amtsenthebung (HT v. 23.11.1949, S. 3 und RNZ v. 29.11.1949, S. 3) oder freiwilliger, krankheitsbedingter Amtsverzicht (CDU-Mitteilung in RNZ v. 25.11.1949, S. 4 und HT v. 25.11.1949, S. 3).

- 98 RNZ v. 29.11.1949, S. 3; Stadtratsprotokoll v. 22.12.1949, S. 2.
99 Stadtratsprotokoll vom 7.12.1950, S. 3–6; StAH AA 308b/Fasc. 8d; RNZ v. 8.12.1950, S. 3 und 11.9.1952, S. 3. Vgl. Reinhard Riese: Zur Schule kamen damals viele mit der Fähre. Vor 50 Jahren bezogen die Bunsen-Schüler den ersten Bauabschnitt – Vorbild für den Schulbau der 50er Jahre, in RNZ v. 1.10.2002, S. 22.
100 K.-B. an MKU v. 2.7.1951 und MKU an K.-B. v. 4.10.1951 (GLA PA).
101 Brief von Dieter K.-B. v. 28.12.2010; Werner K.-B.: Portrait (wie Anm. 10), S. 5.
102 K.-B.: Politik unser Schicksal (wie Anm. 63), S. 2.